

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Parteitag in Leipzig.

Der verfloßene Reichskanzler Bülow hat sich in seinem politischen Testament gerühmt, daß er die Sozialdemokratie rednerisch überwunden habe. Diese Phrase ist von manchem naiven Politiker ernst genommen worden. Tatsächlich hat sich ja Bülow die größte Mühe gegeben, die Sozialdemokratie tot zu reden und wenn sich eine große Kulturbewegung mit leichtem Nebensarten aus der Welt schaffen ließe, dann müßte die Sozialdemokratie schon längst zerstückelt am Boden liegen. Aber was Bismarck mit den brutalen Gewaltmitteln der Ausnahmegeßgebung nicht erreichen konnte, läßt sich noch viel weniger mit den Reden seiner Nachfahren erzielen; mögen diese nun mit Drohungen und Beleidigungen gespickt sein oder im leichten Feuilletonstil unter reichlicher Anwendung von Bildern gehalten werden.

Nein, die Sozialdemokratie ist nicht umzubringen. Und wenn ihre Gegner meinen, der Verhaßten einen tödlichen Streich versetzt zu haben, dann müssen sie bald genug erfahren, daß die Totgeglaubte sich mit neuer Kraft erhebt, und der ohnmächtigen Versuche der Feinde spottet. Das haben wir im Jahre 1907 gesehen, wo die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen angeblich niedergelitten wurde. Was es mit diesem Niederreiten für eine Bewandnis hat, haben inzwischen auch jene erfahren, die damals am lautesten über den Sieg des Blokes gejubelt haben. Hat schon bei der Wahl, welche die Niederlage der Sozialdemokratie besiegelt haben soll, die Besiegte ihre Stimmzahl um eine Viertelmillion gesteigert, so zeigen die in der jüngsten Zeit vorgenommenen Wahlen, welche rapiden Fortschritte die Sozialdemokratie seither gemacht hat. Das weiß man auch in den maßgebenden Kreisen; deshalb hat es auch die Reichsregierung für zweckmäßiger gehalten, sich unsterblich zu blamieren, als daß sie durch eine Auflösung des Reichstages der Sozialdemokratie Gelegenheit geboten hätte, eine neue Probe von ihrer Kraft abzulegen.

Jedem Einsichtigen ist es klar, daß durch Angriffe von außen, der deutschen Arbeiterbewegung nicht beizukommen ist. Hierin ist auch der Grund dafür zu erblicken, daß man es nicht wagt, offen mit Ausnahmegeßgebung gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Jeder solcher Versuch würde die Einigkeit und Geschlossenheit und damit die Kraft der verfolgten Partei auf das nachdrücklichste fördern. Die Gegner setzen ihre Hoffnung auf die inneren Streitigkeiten. Mit der größten Sorgfalt wird jede Meinungsverschiedenheit innerhalb der Sozialdemokratie registriert. Wo man meint, ein Fünkchen entdeckt zu haben, da wird mit vollen Waden geblasen, um es zu einem Feuerbrand zu entfachen, der die Einigkeit der Partei vernichtet. Man könnte meinen, unsere Gegner hätten ein höheres Ziel als das Wohlergehen der Sozialdemokratie, wenn man all die vielen guten Ratschläge hört, die ihr erteilt werden. Aber der Pferdesuß ist bei diesen ansehnlich so aufrichtigen Freunden nicht zu verkennen. Immer wieder bricht ihre wahre Absicht durch, wenn sie ihrer Freude über die ihrer Ansicht nach unmittelbar bevorstehende Spaltung der Partei einen gar zu unbehüllten Ausdruck geben.

Die Hoffnung auf eine Spaltung der Partei äußert sich am unbehülltesten vor den jeweiligen Parteitag. Und es ist nicht zu leugnen, daß dieser Hoffnung durch die Form, in welcher die Auseinandersetzungen über oft herzlich unbedeutende Meinungsverschiedenheiten gepflogen werden, immer wieder von neuem Nahrung gewährt wird. So war es auch wieder vor dem letzten Parteitag. Aber der Verlauf der Leipziger Tagung hat aufs neue bewiesen, daß es der Sozialdemokratie durchaus nicht einfällt, die Selbstzerfleischung vorzunehmen, auf welche ihre Gegner so sehnsüchtig warten.

Damit wollen wir durchaus nicht sagen, daß wir die in den letzten Jahren üblich gewordenen Methoden, in welchen die Parteidiskussionen gepflogen werden, für besonders ideal halten. Es wird in dieser Beziehung auf beiden Seiten gesündigt und eine Verbitterung in die Partei getragen, die der Sache nichts weniger als förderlich ist. Gewiß sollen auftauchende Probleme diskutiert und vorkommende Fehler gerügt werden, und wenn derjenige, dem ein Vorwurf gemacht wird, der Meinung ist, korrekt gehandelt zu haben, dann wird man sich über den Gegenstand auseinander zu setzen haben. Aber diese Auseinandersetzungen können, ohne der Sache zu schaden, in ruhiger Form, wie sie unter Freunden üblich sind, geführt werden; man braucht nicht immer gleich mit Keulen einzuschlagen. Galt dann auch wirklich einmal ein

scharfes Wort, dann ist es durchaus nicht in allen Fällen unbedingt erforderlich, es mit Zins und Zinseszinsen heimzuzahlen. Wenn man dann sehen muß, daß streitbare Reden, die in der Verteidigung sowohl als im Angriff ihren Mann stehen können, und die sich in der Wahl ihrer Worte durchaus keinen Zwang auferlegen, zum Ueberfluß noch an die Sentimentalität des Publikums appellieren und über den schlechten Ton des Gegners lamentieren, dann ist das alles andere, nur kein ästhetischer Genuß. Wenn man in diesen Dingen auf beiden Seiten etwas mehr Selbstkritik üben wollte, so würde das der Partei, deren Wohl doch schließlich allen Genossen am Herzen liegt, nur zum Vorteil gereichen.

Wie leicht sich bei einigem guten Willen selbst recht bedrohlich aussehende Konflikte lösen lassen, sehen wir an dem Beispiel der würktembergischen Hofgänger-affäre, die vor dem Parteitag so viel Staub aufgewirbelt hat. Auf dem Parteitag selbst ist sie leicht in einer alle befriedigenden Weise gelöst worden. Wir sind überzeugt, daß der Partei viele Unannehmlichkeiten erspart worden wären, hätte man auf dem Parteitag in Essen den Versuch gemacht, zu der schwebenden Budgetbewilligung in ähnlicher Weise Stellung zu nehmen.

Der Leipziger Parteitag hat überhaupt den Gegnern und den falschen Freunden der Partei eine große Enttäuschung bereitet. Die Hoffnung, daß er der Welt das Schauspiel der Selbstzerfleischung der Partei geben würde, ist gründlich vereitelt worden. Schärferer Zusammenstoß gab es nur in der Diskussion über den parlamentarischen Bericht und hier war es nur die Frage, ob die Fraktion in der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer hätte stimmen sollen, über welche Meinungsverschiedenheit herrschte. Diese Auseinandersetzungen hatten jedoch lediglich akademische Bedeutung, da es bekanntlich nicht zur dritten Lesung gekommen ist. Und wenn sich ein späterer Parteitag mit der Frage beschäftigen und sie zur Entscheidung bringen wird, dann wird hoffentlich die politische Lage so sein, daß der Gegenstand in aller Ruhe diskutiert werden kann.

Gleich der erste Verhandlungstag brachte denen, welche die Aufführung eines Spektakels erwarteten, eine herbe Enttäuschung. Mit der größten Einmütigkeit sprach sich der Parteitag für eine energische Förderung der Jugendorganisation aus und der jubelnde Beifall, mit welchem die einstimmige Annahme der Resolution aufgenommen wurde, welche die Kriegserklärung gegen den Feind in die Luft jagen soll, ist den Gegnern so wie die Glieder der ganzen Organisation ein Spiegelbild der Partei ist in der Form, in welcher es von der zu seiner Beratung eingesetzten Kommission vorgelegt wurde, unverändert angenommen worden. Damit ist ein weiterer Schritt in der Richtung des Ausbaues der Parteiorganisation zu einer straffen Zentralisation gemacht. Man braucht nicht mit jeder einzelnen Bestimmung durchaus einverstanden zu sein, um anzuerkennen, daß das neue Organisationsstatut einen entschiedenen Fortschritt bedeutet.

Von besonderer Bedeutung für die Gewerkschaften ist der Beschluß bezüglich der Maifeier. Es ist bei dieser Gelegenheit auch über die Arbeitsruhe am 1. Mai gesprochen worden, doch stand eigentlich diese Frage nicht zur Diskussion, sondern lediglich die Frage der Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten. Die Vereinbarung zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand, nach welcher zur Unterstützung der Gemäßigten, Bezirksfonds gebildet werden sollen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Daß der Bezirksfonds gegenüber den örtlichen Fonds, welche der Parteitag in Nürnberg verworfen hat, eine Verbesserung bedeutet, können wir nicht anerkennen. Wir haben auch schon auf die Bedenken hingewiesen, welche unser Verbandsvorstand der Generalkommission gegenüber gegen den Bezirksfonds geltend gemacht hat. Nun gilt es abzuwarten, wie sich die Sache in der Praxis gestalten wird. Da im Jahre 1910 der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, werden die Bezirksfonds zum ersten Male im Jahre 1911 eine Probe ihrer Leistungsfähigkeit abulegen haben und es wird dann Gelegenheit gegeben sein, sich ein Urteil zu bilden, das auf Tatsachen aufgebaut ist. Der Münchener Beschluß, der die Angestellten in der Arbeiterbewegung verpflichtet, den Lohn, den sie für den 1. Mai beziehen, abzuliefern, ist beibehalten worden. Nachdem durch die Annahme der Vereinbarung die Voraussetzung für den Beschluß geschaffen ist, fallen viele Bedenken, die vorher gegen ihn geltend gemacht wurden, doch hätte er, um wirklich gerecht zu sein, weiter gefaßt werden müssen.

Erfreulich ist es, daß der Parteitag die nötige Zeit fand, um den Entwurf zur Reichsversicherungsunterordnung einer gründlichen Besprechung zu unterziehen. Die drei sorgfältig ausgearbeiteten Referate haben viel Klarheit geschaffen und in der Diskussion kamen eine Reihe von Sachverständigen zum Wort, welche einige beachtenswerte Momente noch besonders unterstrichen. Wenn der Entwurf an den Reichstag gelangt, dann wird er von seiten der sozialdemokratischen Fraktion die Behandlung erfahren, die ihm im Interesse der Arbeiterschaft gebührt.

Die bürgerliche Presse ist, soweit ihre Urteile vorliegen, von dem Verlauf des Parteitages durchaus nicht befriedigt. Ihre Hoffnung auf eine Spaltung der Partei ist wiederum enttäuscht worden. Im Gegenteil, der Leipziger Parteitag hat die Partei in größerer Geschlossenheit gezeigt als manche seiner Vorgänger. Zum Trost für diese Enttäuschung wird ein Sieg des Revisionismus verkündet, der in Leipzig erzielt worden sei. Ob diese Auffassung auch nach der am letzten Verhandlungstage einstimmig erfolgten Annahme des Antrages Dittmann noch aufrecht erhalten werden kann, wollen wir dahingestellt sein lassen. Im Grunde genommen ist es auch ziemlich gleichgültig. Alle Angehörigen der Partei haben den guten Willen, deren Wohl zu fördern, und alle dürfen mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden sein. Noch größer wäre allerdings die Befriedigung, wenn Radikale und Revisionisten sich größere Mühe geben würden, sich gegenseitig zu verstehen und wenn sie, unbeschadet der sachlichen Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten, ihre Kraft zusammenfassen würden zum Kampf gegen den gemeinsamen Gegner.

Agitationsarbeit im kommenden Herbst.

R. Wie rasch, ja beinahe plötzlich hat sich das Feld der bevorstehenden Herbst- und Winteragitation geändert. Die Arbeitertagespresse froht von Berichten über überfüllte Versammlungen, selbst aus den entlegensten Orten wird von solchen berichtet. Zu Hause bespricht der Mann mit seiner Frau die künftige Einteilung des häuslichen Budgets; im Krämerladen werden die steigenden Preise von Kaffee und Tee besprochen, am Wirtschaftstische hört man erregte Diskussionen über Bier- und Branntweinsteigerung, die fehlenden Bündel, die verschlechterte Qualität der gewohnten Sechspfenniggarre sind Gegenstand eifriger Aussprache. Auf der Straße, auf den Bauten, in den Werkstätten, überall bildet die neue Belastung der Lebenshaltung das Tagesgespräch.

Die finanzpolitischen Maßnahmen des Reiches werden nicht ohne Wirkung auf die Finanzen der einzelnen Bundesstaaten bleiben, auch hier wird ein erhebliches Anziehen der Steuerfahne die nächste Folge sein. Die Arbeiterschaft wird dann mit doppelten Ruten geschlagen werden. In Bayern wird bereits der Ende September zusammentretenden Landtag eine Gesetzesvorlage beschäftigen, wie die von 5 auf 18 Millionen erhöhten Ueberweisungen der neuen Biersteuer an das Reich aufzubringen sind. Dazu gesellt sich noch die allgemeine bayerische Steuerreform, welche schon am 1. Januar 1911 in Kraft treten wird. Bereits hat sich das Zentrum im Steueraussschuß auf eine Erhöhung der unteren Einkommensteuersätze bis zu 70 Proz. geeinigt. Andere Bundesstaaten sind mit Steuererhöhungen vorangegangen, die übrigen dürften nachfolgen. Alles dies sind Vorgänge einschneidender Natur, die uns zwingen, mit erneuertem Eifer, viel mehr noch als dies bisher geschehen, auf die Stärkung der Macht unseres Verbandes durch Gewinnung von Mitgliedern bedacht zu sein. Wir wissen als Gewerkschaftler recht gut, welch schwere Kämpfe es erfordert, die erneute Belastung unseres Einkommens wieder durch Lohn-erhöhungen auszugleichen. Deshalb müssen alle Kräfte entfaltet werden, die Massen aufzuklären, damit sie die Situation richtig ausnutzen, damit es später nicht wieder heißt: „Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben!“

Die gegnerische Presse ist bereits eifrig am Werke, diese Einlösung zu besorgen. Blätter vom Schlage des in München erscheinenden „Arbeiter“, der in mehr als 125 000 Exemplaren als wöchentliche geistige Kost den katholischen Arbeitervereinsmitgliedern verabreicht wird, predigen als Heilmittel gegen die „unvermeidlichen Lasten“ „gesteigerten Fleiß und Sparsamkeit sowie Einschränkung in dem Gebrauch von Genußmitteln“. Die christlichen Gewerkschaftssekretäre und Agitatoren erweisen sich hierbei wieder als gefügige Trabanten des Zentrums, genau so wie bei den Schulkämpfen der Jahre 1902/03, um den Volksverrat der schwarzen Junkergarde zu bedecken. Sie, die

nach bis vor kurzem der Notwendigkeit der Erhöhung des Arbeiterlohns das Wort geredet, verteidigen heute mit Feuereifer den Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes, reden von Verheerung der Massen, wenn wir in Versammlungen die Kollegen aufzuklären suchen. Ebenso prompt erfolgt auch wieder, als nie verfallendes Zuglück, der Ruf: die Religion ist in Gefahr.

Als feststehende Tatsache dürfte heute schon anerkannt werden, daß die jüngsten Vorgänge auf dem politischen Schauplatz und namentlich das Verhalten christlicher Arbeiterführer im Reichstag bei der Beratung der Finanzreform nicht nur der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch deren Vorstufen, der katholischen Arbeitervereinsbewegung, einen starken Stoß versetzt hat. Man denke nur an das doppelzüngige Verhalten der letzteren in Süddeutschland. Im August des vorigen Jahres hielt der Verband der süddeutschen katholischen Arbeitervereine in Rempten seinen Verbandstag ab. Man besaß sich da auch mit der Reichsfinanzreform und beschloß folgende sehr deutliche Resolution: „Da infolge der Zoll- und der indirekten Steuererhebung die Arbeiterklasse wie die anderen unteren Volksklassen schon genügend belastet sind, spricht sich der 18. Delegiertentag gegen jede weitere indirekte Besteuerung der Konsumartikel der unteren Volksklassen aus.“ Scharf und unabweisend wird hier unter Hinweis auf die ohnehin schon schwere Belastung der Arbeiter jede weitere Besteuerung der Konsumartikel zurückgewiesen. Ein Jahr später, im Juli 1909, wagt es „Der Arbeiter“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, das vor gibt, die Not des Lebens zu kennen, seinen Anhängern folgende Verteidigung der schwarzen Volksbetrüger zu unterbreiten:

„Wir haben keinen Grund, gar zu sehr erbozt zu tun darüber, daß und wie wir zur Steuerleistung herangezogen wurden. Es hat schon das eine Gute, daß derjenige, der bezahlt, auch den Mund aufmachen darf und nicht immer mitteillos als der unfähige Mensch angesehen wird, der nur durch die Unterstützung der reichen Leute in den Stand gesetzt wird, im Staatswesen sich fortzusetzen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist vielleicht diese neue Steuerbelastung des kleinen Mannes und nicht zuletzt auch des Arbeiters noch ein Vorteil, seine Unabhängigkeit und Achtung der Besitzenden vor ihm wird zunehmen.“ Klingt das nicht geradezu wie eine Verhöhnung der Arbeiter, nachdem noch ein paar Jahre vorher Zentrumsblätter davon geschrieben, daß „der arme im Verhältnis zu seinem Einkommen genau hundertmal so hoch besteuert ist als der Reiche“. Sollten nicht auch diese Arbeitersektionen Verzicht leisten auf die „Achtung der Besitzenden“ und einsehen lernen, daß sie die Genasflüchten sind? — Nichts darf uns in solcher Zeit abhalten, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln die Unorganisierten zu überzeugen, daß auch ihr Platz an unserer Seite ist.

Freilich, wer andere aufklären will, muß selber erst etwas wissen. Kenntnisse eignet man sich aber nicht an, wenn man sich geistlich vom Besuche der Versammlungen drückt, diese nur besucht, wenn eine Lohnforderung oder die Tarifkündigung auf der Tagesordnung steht. Eine bemerkenswerte Aufklärung ist bereits durch die heurige planmäßige Frühjahrsagitation erzielt worden, sie brachte nicht nur den Mitgliederzuzug zum Stillstand, sondern hatte auch eine Zunahme der Mitglieder im Gefolge. Vielfach wird in Kollegenkreisen die Meinung geäußert, daß eine Versammlung mit einem fremden Redner manche Zahlstelle aus ihrer Ruhe aufrüttelt. Gut besuchte Versammlungen sind von unschätzbarem Werte, um Begeisterung in den Massen zu wecken. Tausende von Kollegen ziehen alljährlich in die Städte, Kollegen, die einer großen, gut besuchten Versammlung noch nie angehört haben. Der Eindruck, den eine solche Versammlung hinterläßt, ist vielfach ein nachhaltiger. Handelt es sich hierbei doch meist um Kollegen, die erst für die Organisation begeistert und zu dieser herangeführt werden müssen. Sie werden aber auch zu tüchtigen Kämpfern werden, wenn sie in den Versammlungen erfahren, daß die heutige Stellung des Arbeiters, das tariflich geregelte Arbeitsverhältnis nicht etwas Selbstverständliches ist, sondern daß es eine in schweren Kämpfen errungene Position darstellt, die sich auch in Zukunft nicht von selbst bessert. Nur tüchtige Erziehung des Nachwuchses bürgt uns dafür, daß die Verträge auch mit zähem Eifer von dem Einzelnen eingehalten werden, denn nur dann erfüllen diese vollständig ihren Zweck für die Kollegen.

Sparbarkeit und Gleichgültigkeit bei der Agitation ist verfehlt und rückt sich später oft sehr fühlbar; zahlreiche Beispiele aus den verschiedensten Orten aus der letzten Zeit könnten hierfür als Beweise angeführt werden. Die hohen Kosten, die größere Mühe, die oft aufgewendet werden muß zur Fernhaltung des Zuzugs von indifferenten Elementen sind nicht selten die Folgen der Räßigkeit, mit welcher in ruhigen Zeiten die Agitation betrieben wurde. Auch den Lokalklassen machen sich bei derartigen Gelegenheiten die früheren Unterlassungssünden schmerzhaft fühlbar; haben sie doch die nicht unerheblichen Unterstützungen aufzubringen für die Kollegen, die man unterlassen hat, rechtzeitig für den Verband zu gewinnen. Ebenso irrig ist die in Kollegenkreisen verbreitete Meinung über die hohen Kosten von Agitationstouren. Kommt auch die einzelne Versammlung etwas teurer zu stehen, so gleicht sich dieses mit den Gesamtausgaben wieder aus, da in der Zwischenzeit, vor und nach einer solchen Tour, eine Anzahl Ver-

sammlungen, welche sonst durch den Gauborstand veranlaßt worden wären, unterbleiben, da genügend Agitationsstoff und Anregungen durch die Tour geboten wurde. Zusammenstellungen der Gauberechnungen und Vergleiche von Halbjahresabrechnungen mit und solchen ohne Agitationstouren bestätigen diese Ansicht voll und ganz.

Den Versammlungsbefuch im beginnenden Herbst zu fördern und hierdurch das Verbandeleben lebhafter zu gestalten, muß daher eine Hauptaufgabe unserer Zahlstellenverwaltungen sein. Alle Mitglieder besitzen gleiche Rechte, haben aber auch gleiche Pflichten zu erfüllen. Letztere bestehen nicht allein in der bloßen Zugehörigkeit zum Verband, sondern auch in der Verantwortung für das Wohlergehen dieser unserer Organisation, und zwar dadurch, daß jeder einzelne seinen Rat und seine Kräfte zur Verfügung stellt. Wie viele der Kollegen sind stets mit Kritik über gefasste Beschlüsse bei der Hand, unterlassen es aber offensichtlich durch Fernbleiben von den beratenden Versammlungen, sich an der Beschlussfassung zu beteiligen. Wer sich dieser Aufgabe und Pflicht entzieht, hat auch keine Ursache, sich hinterher zu beklagen. Nicht mit Mörgeln, Schimpfen und Klagen werden die Verhältnisse gebessert, dies geschieht nur durch planmäßige agitatorische Tätigkeit aller Kollegen. Die Aktionen unseres Verbandes müssen auch bei jeder Gelegenheit, bei jeder Zusammenkunft, in jeder Werkstätte Gegenstand ernstlicher Besprechung und gerechter sachlicher Beurteilung sein. Stoff hierzu ist in Hülle und Fülle vorhanden; ein denkender Kollege weiß diesen zu finden und entsprechend zu würdigen. Es sei nur auf das erschienene Jahrbuch hingewiesen, auf die Verteilung der Unterstützungen in kleinen und großen Zahlstellen, der Streiklosten, der Tarifverträge u. a. mehr. Und so manche mittlere und kleine Zahlstelle, die Vergleiche ihrer Einnahmen mit den verausgabten Unterstützungen zieht, dürfte dann von der völlig haltlosen Anschauung befreit sein, als würden die kleinen Zahlstellen weniger berücksichtigt, als die großen.

Gleichgültigkeit wird auch noch vielfach an den Tag gelegt gegenüber der Jugendaufklärung. Von jungen aus der Lehre tretenden Kollegen, um die man sich nicht gekümmert, Massenbewußtsein zu verlangen, wäre töricht, und doch sind gerade solche junge Kollegen für unsere Bestrebungen am empfänglichsten. Wie gerne erinnert sich nicht manch alter Gehilfe seines Lehrgesellen, der ihm ein tüchtiger Berater und Freund, ein Pfadweiser für die Zukunft gewesen, Begeisterung geweckt in den Herzen der heranwachsenden Jugend, und sie wird ihren Stolz daren setzen, bei Lohnkämpfen ihre Solidarität betätigen zu können.

Trägheit und Schlafmüdigkeit der alten Kollegen gegenüber der Organisation steht nur zu leicht auch den jungen Mitkollegen an, der sich dann auch lieber um sein Vergnügen als um die Interessen der Allgemeinheit kümmert. Es kann und darf auch kein Ausruhen auf den errungenen Positionen während der Tarifdauer geben, unermüdliches Vorbereiten und Weiterarbeiten schafft freie Bahn zu neuen Kämpfen und neuen Erfolgen. Interessenlosigkeit und Laueheit in der Agitation kommt lediglich dem Unternehmertum zugute. Diese sind über die jeweils herrschende Stimmung, den Geist, der die Arbeiter befeuert, auf das trefflichste unterrichtet und machen sich diesen Umstand dann zunutze, richten dementsprechend auch ihre Stellungenahme uns gegenüber ein.

Suchen wir daher die gegenwärtige, durch die Volksauswanderung geschaffene Situation auch für unseren Verband und dessen weitere Ausbreitung zunutze zu machen, tragen wir Eile an, in die uns noch freistehenden Massen, denn auch aus der momentanen Bewegung ein dauernde Erkenntnis der heutigen Massenlage des Arbeiters erspießeln, die der Gesamtheit neue Kraft und Stärke verleiht zu den bevorstehenden Kämpfen im kommenden Jahr.

Die Berliner Holzindustrie im Jahre 1908 nach den Berichten der Unternehmer.

In der deutschen Holzindustrie umfaßt das Lohngebiet Groß-Berlin die umfangreichste Arbeiterkraft; ist hier doch allein der sechste Teil unserer Verbandsmitglieder beschäftigt. Es wird deshalb auch die Kollegen im übrigen Deutschland interessieren, die Meinungen der Holzindustriellen selbst über das letzte Geschäftsjahr zu hören. Tritt hierbei auch nur die Auffassung des Unternehmers zutage, so bietet dieses immerhin manches Interessante für uns.

Vor uns liegt das „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“, wie sich der Bericht der Vertreter der Kaufmannschaft nennt. Allen darin gegebenen Einzelberichten ist die eine Klage mehr oder weniger eigen, die mangelnde Beschäftigung der Betriebe. Daneben erscheint ein nur geringes Nachlassen der Rohmaterialienpreise, welche wiederum seitens der Holzhändler durch Einschränkung der Zufuhr zu halten versucht wurden. Wie der Jahresbericht unserer Berliner Zahlstelle für 1908 mit dem Hinweis auf die verstärkte Arbeitslosigkeit eingeleitet wird, so klingt auch hier aus allen Branchen: — an Arbeitskräften hat es im Berichtsjahre niemals gefehlt, es bestand im Gegenteil ein außergewöhnlich starkes Angebot. Einzelne Berichterstatter sind dabei eheulich genug, zuzugeben, daß die allgemeine Depression auf dem Warenmarkt für Berlin durch die Nachwehen der großen Aussperrung von 1907 bedeutend verschärft wurde. Viele Besteller haben damals ihren Bedarf auswärts in Auftrag gegeben. Die dadurch gebrochenen Verbindungen hätten den Berliner Unter-

nehmern vielfach einen dauernden Verlust dieser Kundenschaft oder mindestens doch eine recht unliebsame Konkurrenz geschaffen. In diesem Eingeständnis ändert auch die Tatsache nichts, daß der Bericht aus der damaligen Aussperrung der Tischlergesellen, die von den leitenden Arbeitgeberorganisationen mit allen Mitteln forciert wurde, heute einen Streik macht, für dessen Folgen natürlich die bösen Arbeiter jetzt büßen müßten.

Die Löhne gingen — entsprechend der Geschäftslage — ein wenig zurück. Warum dies nicht allgemein der Fall war, sagen recht deutlich die Möbelfabrikanten:

„Die Akkordlöhne und die Tischlerlöhne sind durch Tarifvertrag festgelegt worden. Diesem haben es die Tischlergesellen jedenfalls zu danken, daß zurzeit Lohnherabsetzungen nicht vorgekommen sind.“

Also, ohne den Deutschen Holzarbeiterverband, der allein doch diesen Tarifvertrag stützte, wären allgemeine Lohnherabsetzungen vorgekommen. Kollegen, merkt Euch!

Anderer sieht es natürlich in Verufen mit schlechterer Organisation aus. So sagt der Bericht über die Kleinbetriebe im Wagenbau, daß dieser „die ihm entsprechende Verdienstsquote durch Herabdrücken der bisher gezahlten Löhne einigermaßen einzubringen vermochte, während dies bei den größeren (und besser organisierten) Fabriken nicht möglich war.“

Daß die Weiterbeschäftigung der Arbeiter selbst bei geringem Nutzen nicht allein um deren selbst willen erfolgt ist, wird bestätigt, indem es heißt: „Jeder scheute sich, alle eingearbeitete Leute zu entlassen, weil er nicht wußte, ob er bei einer Steigung der Konjunktur seinen Stamm guter Arbeiter wiederbekäme“ oder „um den angelernten Arbeiterstamm“ nicht zu verlieren. So bekräftigt dieser Bericht der Holzindustriellen gar manches, was von uns in der Agitation des öfteren gesagt wurde.

Soweit die einzelnen Branchen in Frage kommen, litt die Bautischlerei besonders unter der Geldknappheit, die schon aus dem Jahre 1907 übernommen war und die äußerst hohe Zinsen für Baugelder zur Folge hatte. Dieser Umstand und die geringe Nachfrage nach neuen Wohnungen hatten für die wenigen, trotzdem zahlungsfähigen Bauunternehmer Angebote von Bautischlerarbeiten zu äußerst niedrigen Preisen zur Folge. Gegen Jahreschluss war infolge des sinkenden Geldpreises eine Belebung wahrzunehmen.

In gleicher Weise ist die Schlosserfabrikation von der Bautätigkeit abhängig, allerdings kommt für diese auch die Provinz als Abnehmer in Betracht. Die Krise hat hier sogar den Fabrikantenverband erschüttert. Durch den Austritt einiger süddeutscher Firmen mußten die geltenden Preisvereinbarungen aufgehoben werden.

In der Möbelfabrikation ließ infolge der allgemeinen Misere natürlich der Bedarf der breiten Masse — billige und billigste Möbel — erschreckend nach, während die Fabriken für teurere Möbel etwas besser beschäftigt waren. Außerdem wirkten hier besonders noch die Folgen der großen Aussperrung nach. In den meisten Tischlereien lag nur ein Drittel der normalen Beschäftigung vor, manche Betriebe mußten ganz eingehen. Das finanzielle Ergebnis des Jahres 1908 wird für die Möbelfabrikation als niederschmetternd bezeichnet. Die Kassen der Möbelfabrikanten lag noch besonders über die scharfe Konkurrenz von Betrieben, die sonst andere Spezialitäten herstellten.

Besonders hart scheinen die Tischlereien für Laden- einrichtungen mitgenommen zu sein. Neben der mangelnden Bautätigkeit wirkt hier die Abwanderung der Kundenschaft nach der Provinz. Während vor der Aussperrung 25 bis 50 Prozent der Produktion nach auswärts gingen, sind es jetzt kaum noch 10 Prozent. Bedauert wird, daß Staats- und Kommunalbehörden ihre wenigen derartigen Aufträge oft noch nach auswärts vergeben.

Bessere oder fast die einzigen Abnehmer sind diese Behörden dagegen für die Schulmöbelbranche. Letztere hat deshalb nicht so sehr unter der Krise gelitten, obgleich infolge dieser starken Überbietungen bei Submissionen eintraten. Die Ansprüche an die Qualität der Waren sind dabei heruntergegangen, während andererseits der konservativste Geist der Behörden Neuheiten nur sehr schwer durchbringen läßt, obwohl gerade auf diesem Gebiet das letzte Jahrzehnt umwälzend gewirkt hat. Die Arbeitslöhne blieben auf der Höhe des Vorjahres.

Die Leiterfabrikation leidet unter der Konkurrenz hausindustrieller Betriebe in Thüringen, dem Erzgebirge und der Mark. Eine Besserung der Geschäftslage wird von dem Aufhören der Geldnot und der Arbeitslosigkeit erhofft. Hier bezeugen also die Unternehmer wieder einmal selbst, daß ein guter Verdienst der Arbeiterschaft belebend auf die Industrie wirkt.

Traurig klingt aus der Parkettbranche. Ein Rückgang des Bedarfs um nahezu die Hälfte drückte den Preis für den eigentlichen Massenartikel — Eichenriemenboden — auf 6,50 Mk. bis 6 Mk. pro Quadratmeter herab, da einzelne Fabriken größere Vorräte um jeden Preis abstoßen mußten, um nur ihren Geldbedarf zu decken. Bei dieser Preistreiberie mußten auch die Parkettleger bluten. Deren Löhne sind nach dem Bericht um circa 20 Prozent gesunken (in Wirklichkeit um viel mehr). Den Wert einer guten Organisation beurteilen die Parkettunternehmer da bei ganz treffend, indem sie melden: — die organisierten Arbeiter konnten den nicht-

Soziales.

Krieg dem Schnaps.

Es ist keine Sache so schlecht, als daß sich ihr nicht auch eine gute Seite abgewinnen ließe. Dieser Satz läßt sich mit gutem Grund auch auf den neuesten Steuerraubzug anwenden, den der konservativ-ultramontane Schnapsblock unter dem Namen einer Finanzreform zuwege gebracht hat. Die neuen Steuern legen dem Volke schier unerträgliche Lasten auf, und diese wirken um so aufreizender, als man es verstanden hat, die wirklich tragfähigen Schultern zu schonen. So sehr diese Steuermacherei im Interesse der ausgepreßten Volksmassen zu bedauern ist, so hat sie doch das Gute gehabt, das Volk in einer nie geahnten Weise aufzurütteln. Ein Sturm der Entrüstung fegte durch die Lande, und die in den letzten Wochen vorgenommenen Reichstagswahlen spiegeln die Stimmung des deutschen Volkes deutlich wider.

In immer weiteren Kreisen bricht sich der Gedanke Bahn, daß es so nicht fortgehen kann. Der Uebermut der Junker, die sich im Bunde mit der ultramontanen Geistlichkeit und deren Anhang für unüberwindlich halten, muß gebrochen werden, denn die ungezügelte Raffgier der Agrarier wird zu einer Gefahr für das deutsche Erwerbsleben. Die Erkenntnis dieser Tatsache hat das Bürgertum bewogen, sich im Hansabund eine gegen das Agrarierium gerichtete Organisation zu schaffen. Ob diese Organisation der Aufgabe, die sie sich gestellt hat, auch gewachsen ist, wollen wir hier nicht untersuchen; schon der Umstand, daß ein solcher Versuch unternommen wurde, ist bemerkenswert.

Wirksamvoller und nachhaltiger als die Tätigkeit des Hansabundes wird aber der Einfluss sein, den der Beschluß des Leipziger Parteitagcs bezüglich des Schnapsbottcks auf die Junker ausüben wird. Unsere ostelbischen Agrarier verdanken ihre Machtstellung zu einem guten Teil dem Schnaps. Die Schnapsproduktion wirft ihnen reichen Gewinn ab, der noch vermehrt wird durch die Liebesgabenpolitik des Reiches. Der Schnapsbrennende Agrarier hat ein großes Interesse daran, daß recht viel Fusel konsumiert wird. Je mehr Schnaps die Arbeiter trinken, desto größer ist der Profit, den die Herren einstreichen, desto leichter fällt es ihnen auch, das Volk im Zügel zu halten.

Und das gleiche Interesse wie der Junker hat auch der Staat. Der Staat zieht dank dem indirekten Steuersystem ungeheure Summen aus dem Schnapskonsum. Er verwendet diesen Gewinn aber nicht etwa dazu, die Schulen zu verbessern und das Volk zu höheren Genüssen zu erziehen. Daran denkt man in Deutschland nicht. Solche Maßnahmen würden durch die kulturelle Hebung der Nation, die sie im Gefolge haben, von selbst zu einer Beschränkung des Branntweingenusses führen. Unsere Machthaber wollen aber weder eine rationelle Hebung des Kulturniveaus, noch möchten sie auf den Gewinn, den das Reich aus dem Schnaps zieht, verzichten. Das Volk läßt sich am leichtesten regieren, das am wenigsten denkt. Und der Militarismus würde in Deutschland nicht solche Organe feiern, wenn das deutsche Volk auch in seinen arbeitenden Schichten mehr denken und weniger Schnaps trinken würde. Der Schnapsgenuss zerstört das Selbstbewußtsein und lähmt das Denken. Aber Leute, die ihn frönen, sind „nützliche Elemente“ im Sinne der herrschenden Klassen. Sie lassen sich leicht lenken und sind außerstande, der Ausbeutung energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Das deutsche Volk hat aber bisher kein Interesse an der Erhaltung der privilegierten Junkerkasse. Und das Bedürfnis der Herrschenden nach Untertanen, die sich leicht lenken lassen, ist um so weniger begründet, als es zu einem Mißbrauch der Volksmassen führt. Im Interesse der Volksgemeinschaft liegt es, ein aufrechtes, fleißiges Geschlecht heranzuziehen, das ohne Respekt vor den Vorrechten der Geburt und des Geldbeutels die Lenkung seiner Geschichte selbst in die Hand nehmen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen manchelei Mittel angewendet werden; eines der wichtigsten aber ist die Bekämpfung der Schnapspest. Deshalb war es eine Großtat von weittragender Bedeutung, als der sozialdemokratische Parteitag am 13. September einstimmig die nachstehende Resolution annahm:

„Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil des durch die wahnsinnige Nützungsolitik verursachten Einnahmebedarfs des Reiches den Schultern der Armen aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweinrenten ein jährlicher Extraprofit von über fünfzig Millionen Mark gesichert werden. Um dieser verbrecherischen Volksauswucherung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuss verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuss zu verhindern. Die Parteioorganisationen und die Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischster Weise zur Durchführung zu bringen.“

Die Teilnehmer des Parteitages waren sich der Schwierigkeiten, welche der Durchführung des Beschlusses entgegenstehen, wohl bewußt; sie konnten es aber dennoch fragen, die Resolution anzunehmen in der Gewißheit, daß die organisierten Arbeiter hinter ihnen stehen. Das Vertrauen, das der Parteitag in die deutsche Arbeiterschaft gesetzt hat, darf nicht getäuscht werden. Krieg dem Schnaps! muß die Parole sein; überall, wo es er-

forderlich ist, müssen wir für die Enthaltung vom Schnaps genutz eintreten.

Die den Schnapsjunkern nahestehende Presse bringt der dem preussischen Fusel drohenden Gefahr volles Verständnis entgegen. Sie sieht die Branntweinliebesgabe in Gefahr. Die Branntweinliebesgabe im Betrage von 50 Millionen Mark wird dadurch erreicht, daß das Kontingent, d. h. die Menge des zu dem niedrigen Satz versteuerten Spiritus etwas niedriger bemessen ist als der tatsächliche Verbrauch an Trinkbranntwein. Für die überschüssige Menge ist die Steuer um 20 Mk. höher. Dadurch ist es möglich, für die gesamte Produktion den Preis so zu bemessen, als ob sie durchweg zu dem höheren Satz versteuert würde. Auf diese Weise erhält der Schnapsbrenner für jeden Hektoliter seines Kontingents ein bares Geschenk von 20 Mk. Sinkt aber der Schnapskonsum nur um ein Viertel der bisherigen Menge, dann bleibt er hinter dem Kontingent zurück und dieses verliert seine Bedeutung. Der Schnapsbrenner ist um seine Liebesgabe gekommen. Dieses Ziel muß zunächst zu erreichen getrachtet werden. Aber darüber hinaus müssen wir danach streben, die Schnapsjunker an ihrem Lebensnerv zu treffen. Und wird infolge des Schnapsbottcks das Reich in seinen Einnahmen aus dem Spiritus geschädigt, so wollen wir uns auch deshalb nicht grämen. Unser Grundsatz bleibt trotzdem: Krieg dem Schnaps!

Eine Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat am 4. September im Kölner Rathaus stattgefunden. Zu derselben waren Vertreter einer Reihe von Gemeindeverwaltungen westdeutscher Städte erschienen. Der Beigeordnete der Stadt Köln, Dr. Fuchs, hielt einen Vortrag über: „Die bisherige Arbeitslosenfürsorge in Köln und die Pläne der städtischen Verwaltungen auf diesem Gebiet“. Der Direktor des statistischen Amtes in Düsseldorf, Dr. Most, sprach über: „Die Arbeitslosenfürsorge im allgemeinen und ihren künftigen Ausbau“. Er trat für Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage mit Beitrittszwang ein. In die Vorträge schloß sich eine Diskussion, von einer Beschlusfassung wurde jedoch Abstand genommen. Dagegen wurde beschlossen, alljährlich zu ähnlichen Konferenzen zusammenzutreten. Auf der nächstjährigen Konferenz, die in Düsseldorf tagen soll, hofft man in der Frage der Arbeitslosenversicherung zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Oktober: Friedrichroda 10 Pf., Glasütte 10 Pf. (weibl. 5 Pf.), Großschönau 15 Pf., Girschberg 5 Pf., Gernsdorf 5 Pf.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenkassierer eingetragen und abgestempelt sein. Nach beendigter Dienstzeit ist das Mitgliedsbuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärszeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei angestrichen werden, wenn die Zurückzahlung nachfolgend erfolgt ist. Unter Mitwirkung der Verbandsmitglieder können von den Militärs zurückkehrenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Rechte zu, welche sie vor der Militärszeit erworben hatten.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 30. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Für die ausgesperrten Arbeiter in Schweden gingen von unseren Zahlstellen weitere folgende Beträge ein:

Danzig 150,—, Graudenz 20,—, Lauenburg 2. Rate 10,—, Gütstrom 3. Rate 35,—, Rostock 2. Rate 100,—, Stettin 3. Rate 500,—, Warnemünde 15,—, Weich 2. Rate 15,—, Landsberg a. W. 2. Rate 50,—, Eppendorf 10,—, Limbach 2. Rate 20,—, Maschau 30,—, Arnstadt 2. Rate 5,—, Friedrichroda 4,—, Jena 40,—, Mühl 20,—, Weimar 2. Rate 60,—, Coswig 2. Rate 20,—, Rößlau 2. Rate 10,—, Sangerhausen auf Sammlisten 46,—, Stendal, gesammelt in der Goldleitenfabrik Nechtenbach 28,96,—, Burgdam 50,—, Delmenhorst, gesammelt von den Arbeitern der Delmenhorster Waggonfabrik 21,60,—, Lüneburg 2. Rate 100,—, Marne 2. Rate 20,—, Oldenburg 2. Rate 50,—, Varel 2. Rate 20,—, Winzen 2. Rate 51,—, Rütgenbortmund 2. Rate 10,—, Coblentz 20,—, Frankenthal 2. Rate 25,—, Kellheim 3. Rate 50,—, (darunter 7,— vom Arbeitergesangsverein Kellheim), Worms 2. Rate 30,—, Ingolstadt 15,—, Kirchheim u. Taf. 2. Rate 20,—, Ravensburg 20,—, von Einzelmitgliedern: Schöke-Röppern 7,40,—, Seidl-Tiefenbach 2,— Mk. In Summa 1695,96 Mk. Bereits quittiert 35 995,10 Mk. Zusammen 37 691,06 Mk. In der Quittung der letzten Nummer muß es statt Oernförde 50,— heißen: Delmenhorst 50,— Mk.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

29707 Georg Wulf, Tischler, geb. 22. 4. 73 zu Hamburg.
70643 Otto Fede, Tischler, geb. 23. 10. 72 zu Wehma.
71834 Karl Brandt, Tischler, geb. 20. 4. 81 zu Klingleben.
185195 Kurt Eckardt, Maschinenarbeiter, geb. 26. 8. 73 zu Frankenberg.

194186 Emil Burtsche, Tischler, geb. 18. 2. 68 zu Leobsdorf.
231956 Max Bornemann, Tischler, geb. 20. 2. 87 zu Berlin.
244321 Max Ruhnert, Tischler, geb. 20. 5. 69 zu Breslau.
244580 Kurt Mohr, Tischler, geb. 14. 9. 84 zu Breslau.
285140 Gustav Grebbach, Tischler, geb. 24. 5. 86 zu Oberbaumgarten.
330489 Richard Bindig, Würstenmacher, geb. 9. 10. 78 zu Lenke.
338309 Fritz Kirchoff, Tischler, geb. 24. 3. 87 zu Iwida.
348305 Karl Müller, Rammschleifer, geb. 22. 8. 85 zu Balgstädt.
379571 Richard Borgmann, Polierer, geb. 27. 11. 87 zu Frankfurt a. O.
389551 Wilhelm Wolny, Bodenleger, geb. 26. 2. 70 zu Brünke.
400314 Friedrich Dorow, Tischler, geb. 16. 5. 89 zu Gr.-Wöllan.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin am 18. August, welche den Kassenbericht und den Bericht der Ortsverwaltung entgegennahm, mußte der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden und fand die Fortsetzung derselben am 24. August statt. Zehn von Kollegen gestellte Anträge, welche im wesentlichen Veränderungen von Einrichtungen der Berliner Zahlstelle behandelten, fanden ihre Erledigung. Ferner fand folgende Resolution zur Verurteilung: „Die heutige Generalversammlung mißbilligt die Haltung des Hauptvorstandes zur Maifeierfrage. Es war seine Pflicht, vor der Maifeier, eingedenk der Beschlüsse früherer Kongresse, auf die Bedeutung der Maifeier hinzuweisen, um die Agitation für die Maifeier zu fördern, aber ihr keine Hindernisse zu bereiten.“ Redakteur Kasper empfahl die Ablehnung der Resolution, da zu einer solchen Stellungnahme durchaus kein Anlaß vorliege. Der Verbandsvorstand und die „Holzarbeiter-Zeitung“ haben in diesem Jahre keine andere Stellung zur Maifeier eingenommen, als das von jeher üblich war. Und zu einer besonderen Propagierung der Arbeitsruhe lag diesmal um so weniger Veranlassung vor, als eine solche nicht im Sinne der auf dem Stettiner Verbandstage gefälligen Aussprache gelegen hätte. Die Resolution wurde jedoch gegen etwa 10 Stimmen angenommen.

Bernau. „Zehn Jahre Agitationsarbeit“ lautete das Thema, über welches der Gaudortlicher Kollege Stüfke in unserer Mitgliederversammlung am 11. September referierte. Wir können sagen, daß er es verstanden hat, den Kollegen den Wert der Organisation recht deutlich vor Augen zu führen. In scharfen Strichen zeichnete er die Entwicklung der Bernauer Holzarbeiter seit der Gründung unserer Zahlstelle. Wir haben mit 22 Kollegen hier angefangen. Heute zählen wir 124 Mitglieder. Leider aber ist immer noch ein Teil von ihnen der Meinung, man brauche nur seine Beiträge zu zahlen und damit sei alles erledigt. Kollegen, in einer so schweren Zeit wie der jetzigen ist es doppelt notwendig, daß jeder einzelne seinen Mann stellt. Nur wenn alle Kollegen die Versammlungen besuchen, sind wir in der Lage, uns über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse auszusprechen und die hier noch herrschenden Mißstände abzuschaffen. Vieles haben wir hier durch den Deutschen Holzarbeiterverband in den zehn Jahren erreicht. Die Zeit, in welcher die Kollegen das Dampfgeld und Lichtgeld von zu Hause mitbringen mußten, ist vorbei. Aber trotzdem ist hier noch viel abzuheben; das haben fast alle Kollegen in den letzten Wochen erfahren müssen. Können wir, daß unsere Kollegen mehr wie bisher ihre Schuldigkeit tun, dann wird sich auch die in seinem Schlusswort vom Kollegen Stüfke geäußerte Hoffnung erfüllen, daß wir uns tüchtige und auf ihre Kollegen gezielte in den uns noch bevorstehenden Kämpfen ihren Mann stellen werden.

Braunau a. S. (Norbmacher.) Die Deutsche Rohmöbelfabrik, Inhaber Adolf Schmidt, suchte vor einigen Wochen, mit Zustimmung der Kollegen, in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Norbmacher auf Redaktionsstellen. Die Firma sollte, nach ihrer Angabe, so mit Aufträgen versehen sein, daß die Heranziehung weiterer Arbeitskräfte dringend nötig wäre. Inzwischen sind nun auch einige Kollegen von auswärts bei der genannten Firma in Arbeit getreten, doch mußten dieselben schon nach einigen Tagen sehr üble Wahrnehmungen machen. Obgleich von der Firma dauernde Arbeit zugesagt war, sind nach einigen Tagen die Aufträge erledigt. Den gesamten Kollegen ist jetzt die Mitteilung gemacht, daß sie bis auf weiteres nur noch 18 Mk. pro Woche verdienen dürfen. Daß unter diesen Umständen eine Erregung bei den in Arbeit getretenen Kollegen sich bemerkbar macht, ist verständlich. Auch wird die Verwaltung bei zukünftigen Inzerataufträgen nicht so leicht die Zustimmung erteilen. Nach gemachten Mitteilungen soll nach weiteren Kollegen ein Engagement bei der Firma in Aussicht gestellt sein. Diesen Kollegen möchten wir noch einmal dringend empfehlen, sich in allen Fällen über bestehende Arbeitsbedingungen zu erkundigen, um sich eventuell vor Enttäuschungen zu bewahren.

Eisenach. Die letzte Mitgliederversammlung hat wieder gezeigt, welche Laune unter den Kollegen herrscht. Waren doch von 230 Organisierten bloß 25—30 Kollegen in der Versammlung erschienen. Aber woran liegt das? In Altimvereinen und militärischen Vereinen sieht man unsere Kollegen regelmäßig. Ob ihnen die dort veranstalteten Saufereien und Rauschereien besser gefallen? Sie sollten sich lieber informieren, in welcher traurigen Lage wir uns jetzt infolge der neuen Steuern befinden. Denn für Eisenach gilt es auch: „O Eisenach, wie schön siehst du von außen, und wie drin bestehst du, der muß entweder betteln oder...“ Darum Kollegen, beherzigt die Worte und erscheint alle in der am Sonnabend, den 2. Oktober, stattfindenden Mitgliederversammlung im „Fröhlichen Mann“. Die Ortsverwaltung hat sich der Mühe unterzogen, die Versammlungen in diesem Winter durch einige Vorträge interessant zu gestalten. In der am 2. Oktober stattfindenden Versammlung wird der Kollege Kumpel einen Vortrag

halten über: Rechte und Pflichten der Kollegen. Darum, Kollegen, helfet mit an dem großen Werk, damit wir in Eichenach auch einmal vorwärtskommen.

Lehrte. In der hiesigen Billardfabrik von Fritz Seffers bestehen noch recht sonderbare Verhältnisse. Der Lohn beträgt 42 und 43 Pf. die Stunde, und davon müssen sich die Kollegen Polierzeug, Streichhölzer, Abziehlsteine, Bohrer usw. noch selbst halten. Dazu kommt eine nichtsnutzige Behandlung und Schikanierung der Kollegen; man kann nichts recht machen und alles dauert zu lange. Vor kurzem wurde unserem langjährigen Kassierer zugemutet, die Billardstöße mit der Kreissäge zu beschneiden, was er aber mit der Begründung verweigerte, er könnte das nicht, er hätte noch nie an der Kreissäge gearbeitet. Daraufhin wurde er sofort auf die Straße geschickt. Der Kollege hatte fünfzehn Jahre im Geschäft treu und zur vollen Zufriedenheit gearbeitet und Herrn Seffers mit auf die Höhe gebracht, daß er jetzt per Auto fahren kann. Aber wenn den Kollegen die Knochen steif und lahm sind, dann heißt es: hinaus! Das nennt man Lebensstellung! Dem Herrn Seffers ist es aber doch überraschend gekommen, als gleich darauf der Bevollmächtigte und noch ein Kollege bei ihm vorstellig wurden, um die Sache zur Sprache zu bringen. Herr Seffers erklärte, das ginge uns doch nichts an, das wären seine Sachen, er lasse sich keine Vorschriften machen und wenn das nicht paßt, der kann gehen. Daraufhin haben sich die Kollegen mit dem Entlassenen solidarisch erklärt und die Arbeit eingestellt bis auf einen, der weiter arbeitet. Wir bitten die Kollegen, die Werkstätte auf das strengste zu meiden, auf daß dem Herrn sein Geldholz etwas gelegt wird.

Lübbers. Traurige Verhältnisse herrschen noch in den hiesigen Betrieben, hauptsächlich in den Drechslereien. Seitdem die Krise hereingebrochen ist, fühlen sich die Unternehmer ganz als die Herren im Hause. Sie versuchen die Preise immer noch weiter runter zu schrauben. In dieser Hinsicht leistet Herr Jäsche das größte Meisterstück. Ist es nicht genug, daß die Kollegen fortwährend bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen, nein, er verlangt auch noch, daß die Arbeit gehobelt, gebohrt und lackiert wird, was die Kollegen früher nicht machen brauchten. Nachdem nun die Arbeit, wie alljährlich zum Winter, ein bißchen besser wird, sucht Herr Jäsche fortwährend im hiesigen Kreisblättchen Tischler, Polierer und Drechsler; er hat ja auch jetzt eine ganz hübsche Garde zusammengeköpelt. Den auswärtigen Kollegen möchten wir raten, ehe sie in diesem oder einem anderen hiesigen Betriebe Arbeit nehmen, sich beim Vorstehenden zu erkundigen; auch in den Betrieben von Rarschke und Linke ist manches Verbesserungsbedürftig. Das konnte man am besten in der letzten Monatsversammlung erfahren. Auch Herrn Ruge möchten wir raten, nicht zu schneidig aufzutreten. Dieser Herr hat sogar kürzlich einem Kollegen Nachschneisen angeboten, weil er ihm zu pünktlich Feierabend machte. Wir meinen, wenn 10 Stunden gestuftet wird, das ist doch lange genug. Dieser Herr stellt sich aber noch hin und sagt, wenn er so pünktlich Feierabend machen will, dann müsse er zu den Maurern gehen. Den beiden dortigen Gefellen aber möchten wir raten, sich nicht noch darüber zu freuen, wenn ihr Meister so schneidig auftritt, denn was er heute mit dem einen macht, bringt er auch morgen mit dem anderen fertig. Kollegen! Soll das so weiter gehen? Wer trägt die Schuld an derartigen Verhältnissen? Ihr selbst! Erwacht aus eurem Schlummer und zeigt den Unternehmern, daß ihr noch Männer seid und keine Sklaven. Die nächste Monatsversammlung findet Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9½ Uhr, bei Herrn Gurrin, Sternstraße, statt. Kollegen! Agitiert zu dieser Versammlung, nicht einer darf fehlen; ein Vertreter des Gausvorstandes ist anwesend.

Schneuningen. Zu unserer letzten Mitgliederversammlung waren u. a. auch die Mitglieder der Tischlerfrankenkasse zu einer Aussprache eingeladen. Es erschienen denn auch u. a. der Kassierer und der Vorstehende der hiesigen Verwaltungsstelle der Tischlerkassette, Herr Schäfer, Maschinenmeister bei der Firma Gebr. Lauffer, und gerade diesem Herrn galt unsere Aufmerksamkeit. Nachdem der Bevollmächtigte unserer Zählstelle einen kurzen Rückblick über die Entstehung der Tischlerkassette gab und hervorhob, daß die organisierte Arbeiterschaft, die im allgemeinen die sogenannten freien Frankenkassen mit gutem Recht bekämpfte, doch einigen aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Hilfskassen Vertrauen entgegen bringe, kam er auf die Beziehungen der Tischlerkassette zu unserem Verband zu sprechen und warf die Frage auf, ob es wohl anginge, daß der hiesige Vertreter dieser in den meisten Orten durch Personalunion mit unserem Verband verbundenen Kasse, die in unserer Verbandszeitung auch ihr Publikationsorgan erblickt, in einer von unserer Organisation eingeleiteten Lohnbewegung als Streikbrecher stehen bleibe. Darüber hielten sich nämlich die organisierten Holzarbeiter mit gutem Recht auf. Herr Schäfer glaubte sich mit der naiven Bemerkung reinzuwaschen, daß er „gegen Gehalt“ beschäftigt sei, was allgemeine Heiterkeit auslöste. Des weiteren behauptete er, für die Maschinenarbeiter gut gesorgt zu haben; er habe „seinen Leuten“ gleich bei Beginn der Bewegung eine Lohnerhöhung verschafft. Er wollte sich also noch etwas gute tun, daß er zu den schon reichlich im Geschäft eingewurzelten Schmarozkern noch weitere dazu gesucht hat. Damit hat er niemand, nicht einmal der Firma einen Dienst geleistet. Hat doch sehr viel zu dem Konflikt beigetragen, daß die Vorkassierer unter der Miswirtschaft im Maschinenaal zu leiden hatten. Würde man gelernte Maschinenarbeiter beschäftigen und sie anständig bezahlen, so würden sowohl die Möbelschreiner als auch die Firma eher auf ihre Rechnung kommen, der Herr Maschinenmeister würde sich erübrigen. Als ein getreuer Knecht seines Herrn hat sich Herr Schäfer erwiesen, als er ein Mitglied unseres Verbandes wegen geringfügiger Dinge in eine Beleidigungs-klage verwickelte und auf diese Weise einen Familienvater schwer schädigte. Als Schäfer diesbezüglich geltend machen wollte, dies sei eine Privatklage, die uns nichts angehe, wurde ihm unter dem Beifall der Versammlung ziemlich heftig die Meinung gesagt, und angekündigt, daß man, wie anderwärts von seiten der organisierten Arbeiterschaft geschehe, solche „Ehrenmänner“, die ihre Nebenarbeiter vor Gericht schleppen, künftig auch hier gebührend zu behandeln

wisse. In erster Linie wird man versuchen, einen anderen Vertreter der Tischlerkassette zu finden, selbst wenn es richtig sein sollte, daß dort die Gewerkschaftsmitglieder in der Minderheit sind. Allerdings gibt es hier noch viele Holzarbeiter, die geneigt sind, den Verband nur als Frankenkassette einzuschätzen und die Mitgliedschaft bei einer Hilfsfrankenkasse als ihre erste Pflicht zu halten. Es kommt aber noch die Zeit, wo es auch diesen aufdämmert, daß man sich vor allen Dingen gegen fortwährende Abzüge und schikanöse Behandlung wehren muß durch Beitritt zum Verband. Mit Hilfe starker Organisation würde es auch möglich sein, das hier im argen liegende Frankenkassenwesen zu reformieren.

Begegnung. Wie die Krisen von den Unternehmern ausgenutzt werden, das zeigt so recht die Betriebsleitung der Bremer Vulkan-Schiffswerft und Maschinenfabrik in Begegnung. Nachdem schon fast ein Jahr mit erheblich verkürzter Arbeitszeit, zirka 47½ Stunden pro Woche, gearbeitet wurde, mußten doch noch vorigen Herbst Hunderte von Arbeitern entlassen werden, weil keine Aufträge mehr vorlagen und die Schiffe, welche für eigene Rechnung gebaut wurden, fertiggestellt waren. Nun hat die Werft in jüngster Zeit einige Aufträge erhalten und stellt naturgemäß einige Arbeiter wieder ein. Unter diesen Eingestellten waren nun auch eine Anzahl Schiffszimmerer, die im Herbst mit zur Entlassung gekommen waren. Diese wurden nun mit 3, 4, 5, 6, ja sogar einige mit 10 Pf. niedrigerem Stundenlohn wieder eingestellt. Nun sind das nicht etwa alte und gebrechliche Leute, sondern Leute im besten Alter, denn alte und gebrechliche werden überhaupt nicht wieder eingestellt. Dazu werden die Vorkassierer so heruntergedrückt, daß an einen Uberschuß kaum mehr gedacht werden kann. Man sollte doch meinen, daß auch den Indifferenten endlich einmal die Augen geöffnet seien, aber weit gefehlt, selbst diejenigen, denen 10 Pf. pro Stunde abgezogen sind, scheinen noch nicht die Lehre daraus gezogen zu haben, daß hier nur eine stramme Organisation helfend eingreifen kann. Aber auch den organisierten Kollegen muß die Mahnung zugerufen werden: helfet agitieren, daß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wird. Jetzt ist es Zeit, wo auch noch die Lebensmittel dank der unsinnigen Zollpolitik verteuert sind, muß es uns doch gelingen, auch den gleichgültigsten zu überzeugen, wozu er gehört. Drum alle Mann an Deck und unberzagt an die Agitationsarbeit.

Wernigerode. Trotzdem es uns im letzten Frühjahr durch den viernöchigen Streik bei der Firma Riewerth gelungen ist, einige Verbesserungen zu erreichen, entsprechen die Lohnverhältnisse noch keineswegs den Preisen für Miete und Lebensmittel am Orte. Reichliche Arbeitsgelegenheit im Sommer hat nun aber viele Kollegen veranlaßt, mit Kind und Kegel zu übersiedeln, ohne zu bedenken, daß hier die Konjunktur nur vorübergehend gut ist. Den Zugzug förderten die vielen Inserate unserer Meister in auswärtigen Zeitungen. Nun folgen aber jetzt die Entlassungen wegen Arbeitsmangels, und mancher Kollege sieht sich in seinen Erwartungen auf dauernde Arbeit enttäuscht. Mögen die Kollegen daraus lernen, sich vor Annahme auswärtiger Arbeit stets erst bei der betreffenden Ortsverwaltung zu erkundigen. Die Arbeitslosen aber bitten wir dringend, nur durch unseren Arbeitsnachweis Arbeit anzunehmen, damit uns unsere Errungenschaften erhalten bleiben. Die Versammlungen müssen jetzt noch regelmäßiger als sonst besucht werden, um dadurch den Zusammenhalt zu fördern, wie die Kollegen sich überhaupt bestreben sollten, allseitig rege mitzuarbeiten. Ein weites Feld steht uns noch zu beackern.

Wunsiedel. Unsere Arbeitsverhältnisse sind nicht allzu verlockend. Neben Kost und Logis gibt es 5 bis 8 Mk. Lohn bei 11½stündiger Arbeitszeit, nur ein Betrieb arbeitet 10 Stunden. Die Meister harren sich darauf, daß sie zu diesen Bedingungen aus 200 Mann Leute genug erhalten, um die Arbeit zu betreiben. Ich selbst organisierte Kollegen dazu. Wir bitten die Kollegen, die bei uns arbeiten, hier Arbeit mit bei 10stündiger Arbeitszeit und Kost und Logis außer dem Hause anzunehmen, und in diesem Sinne besonders auf die österreichischen Kollegen einzumwirken. Bei derartigen Mithilfe der Reisenden wird es auch hier endlich besser werden.

Unsere Lohnbewegung.

In Celle dauern die Differenzen in der Stuhlindustrie unverändert fort. Die fortlaufenden Verhandlungen haben ein positives Ergebnis noch nicht gezeitigt.

In Eilenburg dauert der Streik unverändert fort. Verhandlungen sind von keiner Seite angebahnt worden. Zu den sieben Betrieben, welche die Forderungen sofort bewilligten, sind drei Betriebe hinzugekommen, so daß jetzt rund 40 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Es ist erklärlich, daß die Inhaber dieser zehn Betriebe sich den Zorn der Mannen um den Schutzverband in hohem Maße zugezogen haben. In einer Versammlung der Unternehmer, zu der drei von den „Verrätern“ geladen waren, hat die „tiefe Entrüstung“ so hohe Wogen geschlagen, daß ein „Verräter“ hat Mißausnahmen müssen, um der Inanspruchnahme des Arztes vorzubeugen. Streikbrecher von auswärts heranzuholen, hat bis jetzt nur der Inhaber der Fabrik für Ladeneinrichtungen, H. Schulze, versucht. Einen willigen Helfer hat Schulze in dem Sekretär des Arbeitsnachweises der Unternehmer in Leipzig gefunden. Obwohl dieser Herr gewußt hat, daß bei Schulze gestreift wird, hat er fortwährend Arbeiter dorthin vermittelt. Nachdem wir diese immer abgefangen hatten, Schulze aber Arbeiter notwendig bedarf, brachte dieser Mann fünf Kollegen unter seinem persönlichen Schutze nach hier. Die Kollegen, die in einer Reihe Arm in Arm mit dem Sekretär durch die Straßen wandten, wurden sofort von der Schläge verhandelt, was zur Folge hatte, daß alle fünf Mann, nachdem sie auf Kosten des Schulze ein prima Beestack verstreut hatten, sich im Streikbureau meldeten und nach Leipzig zurückführten. Von hier hat Schulze drei Mann gefunden, die während des Streiks bei ihm arbeiten. Auf Grund der Qualität dieser Leute haben wir noch nicht versucht, sie von ihrem Begehren abzuhalten; dies hat aber den Schulze nicht abgehalten, der

Polizei weiszumachen, seine Arbeiter würden von den Streikenden belästigt, und hat sogleich um polizeilichen Schutz gebeten, der auch bereitwilligst gewährt worden ist. In Anbetracht der Situation bitten wir dringend, Zugzug fernzuhalten.

In Frankfurt a. M. sind die Unternehmer recht kampfluftig. Am 14. September erhielt die Lokalverwaltung vom Südwestdeutschen Arbeitgeberverband die Mitteilung, daß am Samstag, den 18. September, sämtliche Schreiner von Frankfurt a. M. ausgesetzt werden sollten, und zwar deshalb, weil die Verwaltung die gewünschte Erklärung auf einen ihr angeblich zugestellten Brief nicht gegeben hätte. In diesem Brief, der wegen falscher Adressierung von der Post nicht bestellt wurde, war verlangt worden, daß in die Tarifverhandlungen in Mannheim-Ludwigshafen auch Frankfurt a. M. mit einbezogen werden sollte. Dieses Ansinnen war vorher schon von dem Gausvorsteher, Kollegen Budendahl, abgelehnt worden, weil er nicht einsehen konnte, was Frankfurt mit Mannheim-Ludwigshafen zu tun haben sollte und die Frankfurter Kollegen dazu noch gar keine Stellung genommen hatten. Jetzt verlangten die Herren mit einemmal von der Frankfurter Verwaltung, sich innerhalb zwei Tagen zu erklären, ob sie mit diesem Ansinnen einverstanden sei oder nicht. Daß das nicht möglich war, mußte wohl auch der Arbeitgeberverband eingesehen haben, denn mit einemmal wurde die Aussperrung bis Montag, den 20. September, verlagert. Eine am Samstag, den 18. September, stattgefundene Mitgliederversammlung, in welcher über den ganzen Gang der Tarifverhandlungen seit 1½ Jahren Bericht erstattet wurde, sprach dann auch ihre Entrüstung über ein solches Vorgehen der Arbeitgeber aus und erklärte sich mit den Maßnahmen des Gausvorstandes und der Ortsverwaltung einverstanden. Sollten die Herren aussperrern, so werden sie die Frankfurter Holzarbeiter gerüstet finden. Die auswärtigen Kollegen aber ersuchen wir, den Zugzug nach Frankfurt a. M. streng fernzuhalten.

In Kaiserslautern sind die Differenzen mit der Firma Christoffel durch Unterhandlungen, an denen auch ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes teilgenommen hat, beigelegt. Erreicht wurde die Zurücknahme des Lohnabzuges, die Aushängung eines Preistarifes in der Werkstatt, die Erhöhung verschiedener Akkordpreise, die Festsetzung neuer Preise durch eine Kommission der Arbeiter, die Garantie, daß bis zum 1. April 1910 von den bestehenden Preisen nichts abgezogen wird, und das Versprechen, daß die Firma die Tagelöhne der Arbeiter verbessert. Den Kollegen, besonders von Kaiserslautern, ist damit wieder ein Beweis erbracht, daß durch die Einigkeit der Arbeiter etwas erreicht werden kann. Auch dieser Erfolg muß uns veranlassen, die Unorganisierten auf den Wert der Organisation aufmerksam zu machen.

In Magdeburg hatte der Vorstehende des Gewerbegerichts, Dr. Arnold, die Parteien in Sachen des Tischlerstreiks am 6. September zu einer Erklärung darüber aufgefordert, ob gewünscht wird, daß zur Beilegung der Differenzen ein Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht statfinde. Unsererseits wurde die gewünschte Erklärung am 7. September abgegeben, und zwar im zustimmenden Sinne. Für die Arbeitgeber ist indes die Situation viel verworrener und infolge dieser Anfrage erst recht verquält worden. Mit ihrer Obstruktion gegen den vorjährigen Vertragsabschluß und mit ihrem letzten Beschluß, die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit zu fordern, haben sie sich so verrannt, daß, wenn sie sich jetzt zu einer zustimmenden Erklärung entschlossen hätten, das den Schwanz einklemmen geheißen haben würde. Sie haben hierzu den Mut, mit dem sie sonst immer in großen Tönen reden, nicht gefunden und am 16. September sich dagegen erklärt, vor dem Einigungsamt zu verhandeln. Inzwischen hegen sie dabei noch die Hoffnung, daß die von ihnen im vorigen Jahre versuchte Separataussperrung der mit ihnen obstruierenden Städte jetzt perfekt wird (siehe Ludenwalde, Heidelberg, Ludwigshafen und Mannheim), womit sie aus der Patzche kommen zu können glauben. Das ist natürlich Köhlerglaube, aber ehe sie auch von diesem nicht kuriert sind, ist an eine Beendigung des Streiks nicht zu denken. Darum werden die Kollegen auch weiter ersucht, in der bisher erfolgreichen Weise den Zugzug von Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern von Magdeburg fernzuhalten.

In Meise wurde die Aussperrung nach siebenwöchiger Dauer aufgehoben. Nachdem ein Vertrag abgeschlossen war, der allerdings nur minimale Zugeständnisse enthält, wurde die Arbeit am 12. September wieder aufgenommen. — Auf die interessanten Begleiterscheinungen dieses Lohnkampfes kommen wir in der nächsten Nummer zurück.

In Neuhausen ist der Streik bei der Firma G. G. Seifert nach 18 Wochen zugunsten der Kollegen beendet worden. Die Sperre ist aufgehoben. Die Kollegen auf der Meise werden ersucht, sich an den örtlichen Arbeitsnachweis, welcher sich bei dem Bevollmächtigten Emil Gerloff befindet, zu wenden.

In Pforzheim haben in der verflossenen Woche wiederholt Verhandlungen stattgefunden, die indessen ein endgültiges Resultat noch nicht gezeitigt haben. Die Arbeitgeber haben für die dreijährige Vertragsperiode an Arbeitszeitverkürzung eine ganze Stunde wöchentlich angeboten. Unsere Kollegen verlangen dagegen an Stelle der bisherigen 57stündigen die 54stündige Arbeitszeit. Auch in bezug auf die geforderte Lohnerhöhung zeigen die Arbeitgeber noch zu wenig Entgegenkommen. Die Arbeits-einstellung wurde mit Rücksicht auf weitere Verhandlungen, die am 20. September beginnen sollen, bis nach Beendigung derselben verschoben. Der Zugzug ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Ausland.

In Malmö in Schweden stehen mit den übrigen Arbeitern auch die Forbmacher im Kampf. Der Fabrikant Nielson möchte recht gern, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird, er weigert sich aber, als Mitglied des

Arbeitgeberverbandes, mit seinen Arbeitern zu verhandeln und verlangt die Anerkennung eines verschlechterten Tarifs. Herr Nielson ist der Meinung, daß es ihm gelingen könnte, Arbeitswillige aus Deutschland heranzuziehen. Es ist selbstverständlich, daß kein Korbmacher nach Schweden gehen darf.

Auch von den schwedischen Korbfabrikanten wird, wie von der dortigen Bruderorganisation mitgeteilt wird, versucht, in Deutschland Arbeitswillige zu werben. Vermutlich haben auch die Industriellen sonstiger Berufe ähnliche Absichten. Demgegenüber muß auf das schärfste betont werden: Arbeiter aller Branchen haben Schweden auf das strengste zu meiden.

Aus der Holzindustrie.

Wästen am Wege!

Daß der Vorstand des Schutzverbandes bei seinen Mitgliedern auf Widerstand stößt, wenn er bestrebt ist, die abgeschlossenen Verträge zur Durchführung zu bringen, ist bekannt. Er hat aber auch nicht immer den Willen oder den Mut, abgeschlossene Verträge zur Anerkennung zu bringen. Wenn irgendwo, ist die Mantelträgererei im Schutzverband an der Tagesordnung. Und daß man von hinten herum immer wieder versucht, eingegangene Verpflichtungen illusorisch zu machen, dafür einige Beispiele aus unserer Wäpse.

Bei den Berliner Verhandlungen im Jahre 1907 verpflichtete sich die Leitung des Schutzverbandes, den paritätischen Arbeitsnachweis mit allen Mitteln zu unterstützen und in der „Nachzeitung“ dafür Propaganda zu machen. Dieses geschieht auch von Zeit zu Zeit und wird dann gesagt: „Mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten, welche der Arbeitsnachweis auch den Arbeitgebern verursacht, empfehlen wir unseren Kollegen die Benutzung des selben auf das dringendste.“

Man müßte dem eigentlich noch hinzufügen: „und mit Rücksicht auf die vertraglichen Verpflichtungen wird die Benutzung dringend empfohlen“. Aber davon abgesehen muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß dem Schutzverbandsvorstand seine Empfehlung gar nicht ernst ist, wenn man in der neuesten Nummer der „Nachzeitung“ das Folgende findet:

Der Arbeitsnachweis des Deutschen Handwerker-Schutzverbandes befindet sich jetzt Blankenfelderstr. 17.

Vereinbart ist zwischen den Vertragsparteien, daß beide besondere Arbeitsnachweise nicht eröffnen dürfen. Der Nachweis der „Gelben“ ist aber vom Schutzverband gegründet. In der Arbeitgeberversammlung in Berlin im Mai 1907, wo der Schiedsspruch Annahme fand, wurde vom Vorstand des Schutzverbandes aufgefodert:

„Wer Leute aus der neuorganisierten, resp. gelben Gewerkschaft einstellen und seinen Betrieb mit solchen Leuten besetzen will, kann die Adressen im Bureau, Alexanderstraße, erfahren.“

Der Arbeitsnachweis wird auch dauernd vom Schutzverband unterstützt. Die Vereinigung der Tischbranche Berlin führt einen regelmäßigen Beitrag an den Handwerker-Schutzverband für den Arbeitsnachweis ab. Ja, Herr Rahardt zahlt sogar das Gehalt für den Arbeitsvermittler. Vor uns liegt ein Brief des Herrn Lebus, in welchem dieser Herrn Rahardt daran erinnert, daß das Gehalt für den Arbeitsvermittler „nicht fällig ist“. Daß Herr Rahardt den veranlaßten und berechtigten Meinerde — der jetzt tot ist — nicht aus seiner Tasche bezahlt, ist wohl selbstverständlich. Hier hat der Schutzverband seinen Geldbeutel zur Verfügung gestellt, um — die vertraglichen Bedingungen, welche mit dem Holzarbeiterverband vereinbart, ausdrücklich zu verletzen. Weil man sich nicht offen herausraute mit dem Vertragsbruch, wird es hinterrücks gemacht, und diese Herrschaften zelnern über Vertragsverletzungen seitens der Arbeiter. Nennt man das bei Ihnen Treu und Glauben, Ihr Herren vom Schutzverband?

Fritz Tarnow †. Wieder einer von unseren Alten ist dahin gegangen. Fritz Tarnow ist im Alter von 61 Jahren in Hannover verstorben. Er war einer von jenen selbstlosen Menschen, die in der ersten Zeit unserer Bewegung zu jedem Opfer bereit waren und die schwersten Opfer bringen mußten. Aber nie kam eine Klage über seine Lippen, wenn er im Freundeskreise der schweren Zeiten gedachte, wo er vom Unternehmertum gekehrt mit seiner Familie von Ort zu Ort ziehen mußte; keine Klage auch über die ungerechte Behandlung, die ihm selbst aus Kollegenkreisen zuteil wurde.

Fritz Tarnow wurde im Jahre 1848 in Wiesenthal (Ostpr.) geboren. Mit der Arbeiterbewegung wurde er früh bekannt und unter dem Sozialistengesetz hat er stets in erster Reihe gestanden. Wo es galt, im Interesse der Arbeiterschaft zu wirken oder der Polizei ein Schnippen zu schlagen, da war unser Fritz stets zur Stelle.

Mitte der 80er Jahre finden wir ihn in Vöckern als Leiter des monatlichen Streiks bei der Mäufabrik. Nach Beendigung desselben war aber sein Bleiben dort nicht mehr; er mußte mit Weiß und Rind hinaus. In Dohnhausen, wo er ein Unterkommen fand, treffen wir ihn wieder als Leiter des Streiks bei der Kienigsgesellschaft. Auch hier hat er seine Existenz aufs Spiel gesetzt. Als der Streik zu Ende war, mußte er mit seiner Familie wieder wandern. Dann war er in Hannover Vorsitzender des Fachvereins und 1889 bis 1890 Bevollmächtigter des Tischlerverbandes.

Der Tischlerstreik in Hannover im Jahre 1890 wurde von unserem Freund in Gemeinschaft mit dem Kollegen

Wolffmann geleitet. Die Folge seiner Tätigkeit war wiederum Maßregelung und es blieb unserem Fritz nichts anderes übrig, als selbständig zu werden. Was eine solche Existenz bedeutet, wenn Mittel nicht vorhanden sind, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Einige unliebsame Vorkommnisse trugen Schuld, daß Fritz Tarnow sich einige Jahre vom Verbandsleben zurückzog, um so eifriger war er für die Partei tätig.

Unser Verband wollte in Hannover nicht vorwärts kommen. Im Jahre 1895 waren die verheirateten Kollegen in der Zahlstelle nur sehr schwach vertreten und auch in öffentliche Versammlungen waren sie nicht zu bringen. Alle Mühe, die aufgewendet wurde, die älteren Kollegen, die nach dem Austritt Tarnows in großer Anzahl dem Verbandsleben ferngeblieben hatten, wiederzugewinnen, war vergeblich. Erst als Tarnow nach vielen Drängen sich bereit erklärte, eine Versammlungseinladung mit seinem Namen zu unterzeichnen, und in dieser stark besuchten Versammlung seine weitere Mitarbeit in Aussicht stellte, ließen sich über 100 ältere Kollegen aufnehmen. Und von diesem Augenblick an ging es mit Riesenschritten vorwärts. Diese Episode ist bezeichnend für das Vertrauen, welches die hannoverschen Kollegen jener Zeit in Tarnow setzten. Er hat dann als Sektionsleiter der Anschläger und Einsparer gewirkt und seine Erfahrungen auch bei den weiteren Kämpfen von 1897 und 1903 gern in den Dienst der Bewegung gestellt. Nun ist er dahin gegangen, einer unserer Besten, ein edler Mensch, der, selbstlos im Dienste der Arbeiterbewegung, nie auf einen Lohn für seine Mähen rechnete.

Die gekränkte Leberwurst. Dem Redakteur der „Nachzeitung“ hat die Ueberzeugung, die wir ihm in Nr. 37 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zuteil werden ließen, sehr geschmerzt. Er jammert jetzt über die schlechten Manieren der „Holzarbeiter-Zeitung“, die „an Stelle der sachlichen Polemik die persönliche Anfechtung und die aus äußerlichen Zufälligkeiten hergeleitete Verhöhnung“ setzt. In diesem Ton geht die Heulmeierei eine Weile fort, um mit der Beleuerung zu schließen, daß die „Nachzeitung“ „in Zukunft alle derartigen Ausflüsse persönlicher Gefälligkeiten vollkommen unbeachtet und selbstverständlich unerwidert lassen“ werde.

Wir müssen gestehen, daß uns dieser Erguß, der lebhaft an den abgetragenen Schulungen erinnert, der, seine schmerzende Reizseite reißend, angelegentlichst beteuert, daß er es nun aber gewiß nicht wieder tun werde, sehr befriedigt hat. Haben wir doch nun die Gewißheit, daß die von uns angewandte Erziehungsmethode erfolgreich war. In Wirklichkeit ist uns nämlich die Person des Redakteurs der „Nachzeitung“ sehr gleichgültig. Wir haben früher schon mit der „Nachzeitung“, als dem Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes, die Klinge gekreuzt, und es dürfte sich auch künftig noch öfters dazu Gelegenheit bieten. Bei diesen unvermeidlichen Auseinandersetzungen haben wir uns stets nur mit dem gegnerischen Organ und nie mit der Person des Redakteurs beschäftigt, bis vor etwa Jahresfrist der Herr, der jetzt die gekränkte Leberwurst spielt, damit begann, den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu fächeln. Dieses Spiel scheint ihm so gefallen zu haben, daß er es bis in die neueste Zeit hinein fortsetzte. Um ihm diese Unart abzugewöhnen, waren wir gezwungen, drastische Mittel anzuwenden; und das bewährte Rezept, auf jeden Schelmen anderthalbe zu setzen, hat auch diesmal seine Wirkung nicht versagt. Wir haben mit Befriedigung vernommen, daß man sich auf der Gegenseite bessern und so etwas nicht wieder tun will, und nehmen es nicht weiter übel, daß diese Abbitte in die Form der Klage über die schlechten Manieren der „Holzarbeiter-Zeitung“ gekleidet ist. Aber nun gilt es Wort halten und anständig sein, wenn's auch schwer fällt, denn — Prügel tun weh.

Was die „Nachzeitung“ auf den sachlichen Inhalt der unter der Überschrift: „Eine große Enttäuschung“ in Nr. 37 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckten Notiz zu erwidern weiß, ist so schwach, daß es wirklich nicht lohnt, noch ein Wort darüber zu verlieren.

Die lieben Arbeitswilligen. In der Möbelfabrik von Saalfeld in Helmstedt haben anlässlich des inzwischen beendeten Streiks eine größere Zahl dieser nützlichen Elemente Unterkommen gefunden. Ihre Leistungen waren, wie dies nicht anders zu erwarten ist, nicht weit her, aber Herr Saalfeld ist reich genug, um sich den Unterhalt dieser sauberen Gesellschaft etwas kosten zu lassen. Jetzt sind die Streikbrecher überflüssig geworden, und sie verlassen allmählich, mehr oder weniger freiwillig, den Betrieb. Die moralischen Qualitäten dieser Streikbrecher, welche meist von dem gelben Handwerker-Schutzverband in Berlin vermittelt wurden, der seinerseits recht intime Beziehungen zum Arbeitgeber-Schutzverband der Holzindustriellen unterhält, werden trefflich beleuchtet durch ein im „Braunschweiger Volksfreund“ abgedrucktes Verzeichnis der über Streikbrecher aus dem Saalfeldschen Betrieb verhängten Strafen. In dieser Liste wird aufgeführt:

1. Der Arbeitswillige Stanislaus Wienert (fälschlich nennt er sich Robert) aus Samter, der einem anderen Streikbrecher am 24. Mai 6 M. Unterschlagung und dafür vom Amtsgericht Helmstedt am 23. Juli zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Wienert war schon dreizehnmal vorbestraft, zuletzt mit 1 1/2 Jahr Gefängnis wegen Einbruchdiebstahls.

2. Am 1. Juni wurde der Arbeitswillige Friedrich Lönig aus Großenhain, der auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Kottbus stückweise wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall verfolgt wurde, inhaftiert. Einer Verurteilung wegen eines besonderen Deliktes sieht er noch in Halle, wo er zurzeit sitzt, entgegen.

3. Der Arbeitswillige Robert Feld aus Weddermünde stahl am 26. Juni seinem Logis- und Streikbrecherkollegen 10 M. Er wird deswegen stückweise verfolgt.

4. Am 1. Juli wurde der arbeitswillige Tischler bezw. Architekt Neubauer auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Bochum wegen Betruges verhaftet.

5. Am 29. Mai wurde gegen den Arbeitswilligen Moritz Kreiner aus Schwanefeld vor der Strafkammer Magdeburg wegen Unterschlagung verhandelt. Er

solte als Zigarrenreisender seinem Auftraggeber 1000 M. unterschlagen haben. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis, er wurde aber mangels genügender Beweise freigesprochen.

Das sind die Streikbrecher, die mein und dein nicht recht voneinander unterscheiden können und das Malheur hatten, beim Aneignen fremden Eigentums erwischt zu werden. Natürlich sind unter der ehrenwerten Streikbrechergesellschaft nicht nur die Diebe recht stark vertreten, auch die Kunst der Nomadis stellt zu ihnen ein recht ansehnliches Kontingent. Einige Gelden auf diesem Gebiet seien nachstehend borgeführt:

Am 29. Mai nachts hantierten die beiden Arbeitswilligen Max Krühn und Oskar Wazner aus Berlin mit Revolvern und verwundeten einen Streikenden.

Am 13. Juni verwundete der Arbeitswillige Simon Rosenberg aus Künffkirchen einen anderen Streikenden durch zwei Revolverschläge ganz erheblich. Derselbe Rosenberg hatte schon früher einen anderen Einwohner ebenfalls durch einen Revolverschuß verletzt.

Am 20. Juni nachts hatte der Arbeitswillige Franz Böckel aus Kallenberg sein Nachtquartier auf dem Kranenabort auf dem Bahnhofs Helmsstedt aufgeschlagen. Als er dabei von einem Bahnbeamten gestört wurde, bedrohte er denselben mit dem Revolver.

Am 7. August schlug der Arbeitswillige Paul Werner einen Helmsstedter Einwohner mit einem Stachseisen nieder und verwundete ihn ganz erheblich. Der schon obenbenannte Arbeitswillige Krühn schändete ihm dabei, indem er rief: „Ehe wir wegmachen, schlagen wir noch ein paar tot.“ Abends deklarierten sich die beiden für diese Heldentat in Gemeinschaft mit den anderen Arbeitswilligen an Freiber.

Von diesen Heldentaten hat die Polizei anscheinend noch gar keine Kenntnis, wenigstens konnte das erwähnte Blatt noch am 31. August melden, daß keinem der Genannten bisher etwas geschehen sei. Das ist um so merkwürdiger, als Polizei und Gerichte gerade im Helmsstedter Fall eine rührende Fürsorge für die Streikbrecher an den Tag legten, und jede angebliche Verletzung der zweifelhaften Ehre der Arbeitswilligen mit den schwersten Strafen ahndeten. Man nennt das bei uns in Deutschland die Gleichheit aller vor dem Gesetz. — Diese Liste der von den Streikbrechern vollbrachten Leistungen beweist übrigens, wie recht der hannoversche Gewerkschaftler hat, als er kürzlich von den Streikbrechern als von moralisch minderwertigen Menschen sprach.

Vereinigung von Fabriken für photographische Apparate. Die drei Dresdener Fabriken dieser Branche, nämlich Emil Wünsche, H. Küttig u. Sohn und Heinrich Erue mann, beabsichtigen sich miteinander zu vereinen. Alle drei Aktiengesellschaften berufen auf den 7. Oktober außerordentliche Generalversammlungen ein, um die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Veranlaßt dürfte der Entschluß zur Verschmelzung durch den Umstand sein, daß alle drei Gesellschaften in den letzten Jahren nicht rentiert haben. Die Fabriken machten sich gegenseitig Konkurrenz. Das zwang sie, eine Menge neuer Muster herzustellen, was wiederum zur Unterhaltung umfangreicher Lager führte und einen erheblichen Zinsverlust bedingte. Die scharfe Konkurrenz der Firmen nötigte sie zu immer größer werdenden Aufwendungen für Reklamezwecke. Alle diese Gründe dürften den Gedanken der Verschmelzung zur Reife gebracht haben. Man hofft dadurch in erster Linie Ersparnisse bei der Reklame machen zu können und ebenso ist es einleuchtend, daß durch den gemeinsamen Einkauf des Rohmaterials eine Verbilligung der Produktion erzielt werden kann. Am bedeutsamsten werden aber die Ersparnisse sein, die dadurch erzielt werden, daß an Stelle der vielen Modelle nur wenige Muster als Spezialitäten hergestellt werden. Auch die Vereinfachung des Verwaltungssystems u. s. w. wird als Faktor in Rechnung zu stellen sein, der erhebliche Ersparnisse schafft. Diese Kalkulation läßt die Vereinigung berechnen, daß die „Zca“ (Internationale Camera Aktiengesellschaft), wie die durch die Verschmelzung ins Leben tretende neue Firma heißen soll, besser rentieren wird als die bisherigen Einzelabriken. Welche Wirkung die Gründung auf die Arbeiterverhältnisse ausüben wird, bleibt zunächst abzuwarten. Es scheint übrigens, daß der zu bildende Camera-Trust noch weitere Firmen umfassen soll. Neueren Meldungen zufolge haben sich dem Trust die Cameraabteilung der Firma Karl Zeiß in Jena und die Firma Dr. A. Krügener in Frankfurt a. M. angeschlossen. Mehrere andere größere optische Institute sollen, wie verlautet, von dem neuen Trust zum Anschluß aufgefordert werden.

Die genossenschaftliche Bürstenfabrik, die wir in der vorigen Nummer erwähnt haben, befindet sich nicht, wie es infolge eines Druckfehlers hieß, in Bamberg, sondern in Bamberg in der Pfalz.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Vom 30. August bis 1. September tagte in Paris die sechste Internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Die dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landesorganisationen haben Mitglieder: Belgien 67 000, Bulgarien 1500, Dänemark 93 000, Deutschland 1 831 731, England 695 000, Finnland 25 000, Frankreich 380 000, Italien 250 000, Kroatien 8000, Niederlande 37 000, Norwegen 46 000, Österreich 480 000, Schweden 170 000, Schweiz 50 000, Serbien 5400, Spanien 34 000 und Ungarn 130 000. Die gewerkschaftliche Internationale umfaßt somit 4 1/2 Millionen Arbeiter. Die französischen Gewerkschaften hatten einige Zeit lang die Verbindung mit dem internationalen Sekretariat eingestellt, weil eine frühere Konferenz die Behandlung der Punkte „Antimilitarismus“ und „Generallstreik“ ablehnte. Durch die auf der jetzigen Konferenz gegebenen Erklärungen des Internationalen Sekretärs Legien betrachten die französischen Delegierten diese Angelegenheit als erledigt.

Besonderes Interesse erweckte die Anwesenheit eines Vertreters der American Federation of Labor, der nordamerikanischen Gewerkschaftszentrale, die ihren Präsidenten Samuel Gompers entsandt hatte. Diese Organisation umfaßt etwa 1 1/2 Millionen Mitglieder und ist bisher dem Internationalen Sekretariat nicht angeschlossen. Gompers konnte auch diesmal noch keine verbindlichen Erklärungen über diesen Anschluß abgeben, doch erklärte er, überzeugt zu sein, daß dieser Anschluß vollzogen würde, wenn den amerikanischen Gewerkschaften Gewähr gegeben wird, daß diese ihre eigenen Angelegenheiten auch in Zukunft allein regeln könnten. Für seine Person erklärte Gompers den Anschluß für nötig, doch verschlangte er sich schließlich hinter die Mitglieder, die erst dazu Stellung nehmen mußten. Der allgemeinen Enttäuschung ob dieser unverbindlichen Erklärung gab der Oesterreicher Kueber drastischen Ausdruck. Die Errichtung einer Internationalen Arbeitskonföderation, die Gompers namens seiner Organisation beantragte, konnte zu keiner Diskussion führen, da es sich um den Antrag einer nichtangeschlossenen Organisation handelte und Gompers der Konferenz somit lediglich als Gast beizuhören. Eine weitere Verberung der internationalen Einrichtungen hatten die Franzosen beantragt. Sie wünschten nämlich die Abhaltung internationaler Arbeiterkongresse mit proportioneller Vertretung der einzelnen Gewerkschaften, fanden damit aber keinerlei Gegenliebe und zogen schließlich den Antrag zurück, um die einmütige Ablehnung zu vermeiden. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die internationalen Sozialistenkongresse dem bestehenden Bedürfnisse vollständig genügen.

Wehr allgemeines Interesse zogen die Debatten über die Freizügigkeit der Arbeiter an. Oesterreich und Italien geben alljährlich einen großen Teil Arbeiter an Deutschland ab. Diese werden durch den seit 1907 in Preußen eingeführten Zwang, wonach ausländische Arbeiter sich für schweres Geld bei der agrarischen Feldarbeiterzentrale Legitimationskarten lösen müssen, hart getroffen. Diese Kontrolle, der immer die Ausweisung als Damschleppschwert anhängt, dient obendrein dazu, diese Ausländer „arbeitswillig“ zu erhalten. Der italienische Minister hat bereits auf Anfrage der sozialistischen Parlamentsmitglieder diesen Legitimationskartenzwang als Bruch der Handelsverträge hingestellt und versprochen, hiergegen in Preußen zu protestieren, auch im österreichischen Reichstag ist diese Sache bereits behandelt worden. Die Konferenz erkannte diese Beschwerden an und stimmte einer englischen Resolution zu, welche „die Anwendung aller nur möglichen Mittel“ zur Abschaffung der Legitimationskarten vorschlägt. Daß die Arbeiter aber diese Freizügigkeit selbst fördern wollen, bewies ein Antrag der Deutschen. Dieser fordert Rechenschaft über die Durchführung eines früheren Konferenzbeschlusses, wonach den in einem Lande zuwandernden organisierten Arbeitern Eintrittsgeld und Beiträge ihrer bisherigen Organisation anzurechnen sind. Der damalige Beschluß ist inzwischen vielfach zur Wirklichkeit geworden, nur die Engländer erklärten, daß bei ihnen die hohen Gewerkschaftsbeiträge und der föderative Charakter der Organisation dessen Durchführung erschweren, sie empfahlen deshalb, daß die einzelnen Berufsverbände direkt mit den englischen Bruderorganisationen in Verbindung treten sollen. Die Mitglieder unseres Verbandes genießen bekanntlich diese Vergünstigungen bereits bei allen der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossenen Verbänden, worunter sich auch eine englische Organisation befindet. Die ausländischen Gewerkschaften müssen natürlich verlangen, daß die zuwandernden Gewerkschaftler sich ihnen sämtlich und sofort anschließen. So führten die Franzosen Beschwerde, daß deutsche Arbeiter vielfach nur den deutschen Vereinen beitreten, doch konnte Genosse Legien feststellen, daß das deutsche Ortskartell in Paris seinen Angehörigen die Mitgliedschaft in der französischen Organisation zur Verfügung macht.

Eine weniger schöne Form von Freizügigkeit ist die Einfuhr von Streikbrechern, gegen die sich ein englischer Antrag wandte, dem selbstverständlich alleseitig zugestimmt wurde.

Die dänischen Organisationen wollten die Gelegenheit benutzen, die Konferenz auf die Unterstützung einer eventuellen Bewegung auf allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit in Dänemark festzulegen. Auf einen so weittragenden Beschluß konnte sich natürlich die Konferenz nicht einlassen und wurde deshalb das Internationale Sekretariat beauftragt, nach Lieferung der erforderlichen Unterlagen seitens der Dänen eine Entscheidung der Landesorganisationen herbeizuführen.

Da die Verschiedenheit der statistischen Aufnahmen der einzelnen Länder bisher die Zusammenstellung erschwerte, wurde beschloffen, hierfür einheitliche Voraussetzungen zu schaffen, auch sollen in diesem Sinne die amtlichen Streikstatistiken beeinflusst werden.

Der bisherige Internationale Sekretär Legien wurde als solcher wiedergewählt und ihm als Honorar für die verfloßenen zwei Jahre 400 Mk. zuerkannt. Außerdem bewilligte die Konferenz noch die Mittel zur Anstellung einer vollbesoldeten Hilfskraft für das Sekretariat. Bisher standen für diesen Zweck nur jährlich 1200 Mk. zur Verfügung.

Die Konferenz, der infolge der erstmaligen Anwesenheit eines Vertreters der amerikanischen Gewerkschaften diesmal ein erhöhtes Interesse entgegengebracht wurde, hat zwar den erwarteten Anschluß der Amerikaner nicht gebracht, doch besteht nach den Versicherungen, die Gompers

abgab, die berechtigte Aussicht auf deren baldigen Anschluß. Dann wird in absehbarer Zeit die gewerkschaftliche Internationale die alte wie die neue Welt umfassen.

Der Generalstreik in Schweden ist bekanntlich als solcher beendet, insofern, als der Kampf sich nur noch gegen die im schwedischen Arbeitgeberverband organisierten Unternehmer richtet. Unter den Unternehmern, bei welchen nach dem Uebereinkommen vom 1. September die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, gibt es noch verschiedene, die meinen, durch Maßregelungen oder durch Entziehung ungünstiger Verträge an ihren Arbeitern Rache nehmen zu können. Derartigen Versuchen wird jedoch der entschiedenste Widerstand entgegengekehrt, der in den meisten Fällen von Erfolg gekrönt ist. Die Stockholmer Straßengewerkschaft hat sich noch nicht bewegen gefügt, den Arbeit zurückzugeben, durch welchen die wiedereingestellten alten Arbeiter auf das Koalitionsrecht verzichteten. Aus diesem Grunde wird die Straßenbahn von den Arbeitern der schwedischen Hauptstadt boykottiert.

Die Regierung, die sich bisher geweigert hatte, vermittelnd einzugreifen, in der Hoffnung, daß die Arbeiter, durch den Hunger gezwungen, sich unterwerfen würden, ist endlich doch aus ihrer Passivität herausgetreten. Die erneuten Sympathiebekundungen im Ausland und der unverminderte Zufluß von Unterstützungsgeldern für die streikenden Arbeiter ließ die Situation der Unternehmer immer ungünstiger erscheinen. Wenn der schwedische Staatsrat am 18. September endlich beschloffen hat, Vergleichsverhandlungen einzuleiten, so geschah dies nur aus Rücksicht auf die Unternehmer, deren Sonderinteressen zu wahren sich die Regierung zur Hauptaufgabe gemacht hatte. Die Liebe zu den scharfmacherischen Unternehmern spiegelt sich auch wider in dem Resultat der Zählung der Streikenden, welche die Regierung am 9. September vorgenommen hat. Danach sollen sich noch 135 000 Mann im Streik befinden, während sich schon über 136 000 Streikende wegen Unterstützung an das Landessekretariat gewandt haben. Es gibt aber immer noch viele Arbeiter, die auch jetzt noch auf jede Unterstützung verzichten, so daß die Gesamtzahl der noch Streikenden auf 150 000 geschätzt werden kann.

Am 16. September haben die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Staatsnotars Cederborg, dem drei weitere Regierungsbeamte zur Seite stehen, begonnen. Diese Verhandlungen schreiten nur langsam vorwärts, und es ist noch nicht abzusehen, wann die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen kann. Es ist aber begreiflich, daß, nachdem der Streik nun schon sieben Wochen dauert, die Anforderungen an die Kassen der Streikenden immer größer werden. Deshalb kann nicht oft genug die Mahnung wiederholt werden, die Sammlungen für die schwedischen Arbeiter eifrig fortzusetzen. Die Hoffnung der Scharfmacher, daß es gelingen könnte, unsere schwedischen Arbeitsbrüder durch Hunger zur Unterwerfung zu bringen, muß gründlich zerschanden gemacht werden.

Ein Girsch-Dunderscher Denunziant. Die Girsch-Dunderschen Gewerkvereiner haben sich schon so oft als Streikbrecher und zu sonstigen Verrätereien brauchen lassen, daß neue Fälle dieser Art kaum noch ein besonderes Aufsehen erregen. Es entspricht deshalb den Girsch-Dunderschen Methoden, daß ein hervorragendes Gewerkschaftsmitglied, welches durch eine feige Denunziation die Maßregelung eines Nebenarbeiters erreicht hat, nicht nur nicht, wie ihm von Rechts wegen gebührt, mit Schimpf und Schande aus der Organisation entfernt wird, sondern daß dieser Denunziant nach wie vor funktionärs bleiben kann und sich der freundlichen Fürsorge seines Generalrats erfreut.

Die Bedeutungslosigkeit der Gewerkvereine für die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen ist so allgemein bekannt, daß selbst Staatsbehörden, die sonst allen selbständigen Organisationen eine große Wichtigkeit entgegenstellen, das Girsch-Dundersche Verhalten in ihren Betrieben dulden. So ist es auch geschehen, daß die Arbeiter der königlichen Eisenbahnwerkstätten in Breslau der Girsch-Dunderschen Organisation angehören. Da jedoch eine Besserung der materiellen Lage der Eisenbahner höchst notwendig ist, muß danach gestrebt werden, diese einer wirklichen Gewerkschaft zuzuführen. Es fand deshalb am 31. Juli eine Versammlung der dem Transportarbeiterverband angeschlossenen Reichssektion der Eisenbahner statt. In der Diskussion nach dem Referat nahm auch ein Mitglied der Reichssektion das Wort, bat aber zuvor die anwesenden Mitglieder des Gewerkvereins, keinen der Diskussionsredner zu denunzieren.

Ist schon diese Bitte bezeichnend für die Wertschätzung der Girsche, so zeigte sich bald, daß sie durchaus nicht überflüssig war. Den Girschen liegt das Denunzieren so im Blut, daß sie, trotz der Bitte, von dieser Gewohnheit nicht lassen konnten. Wenige Tage später wurde nämlich derselbe Arbeiter, der gebeten hatte, nicht zu denunzieren, zum Vaurat bestellt, wo ihm vorgelesen wurde, daß er in der fraglichen Versammlung für die Organisation agitiert hätte. Als Beweismittel wurde ihm ein Schriftstück vorgelesen, in welchem der Ortstassierer Kurnoth des Girsch-Dunderschen Eisenbahnervereins die betreffende Anzeige erstattet hat. Auf Grund dieser Denunziation wurde der Arbeiter sofort entlassen, wobei der Vaurat sein Bedauern ausdrückte, dazu genötigt zu sein, da der Genahregelte ein fleißiger, ordentlicher und nicht dummes Arbeiter sei.

Von dieser Tat des Denunzianten Kurnoth wurde der Vorstand seines Gewerkvereins sowie auch der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der Gewerkvereine in Kenntnis gesetzt. Diese schüttelten aber den Denunzianten nicht etwa energisch ab, sondern suchten dessen feige Tat sogar noch zu beschönigen. Er sei in den Verdacht geraten, ein Denunziant zu sein und um sich zu reinigen, hatte er sich an den Werksführer und den Vaurat gewandt, um sich besäßen zu lassen, daß er noch niemand denunziert habe. Daß dieses Schreiben in denunziatorischer Form gehalten war und die Maßregelung des betreffenden Arbeiters zur Folge haben mußte, was dem Denunzianten bekannt war, das finden die Führer der Girsche ganz in der Ordnung. Und so kann der Kurnoth nach wie vor Kassierer bei den

Gewerkvereiner bleiben. Der Denunziant Kurnoth und die Leitung der Girsche sind einander wert.

Eine Behörde gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die königliche Eisenbahndirektion Berlin hat am 15. September die nachstehende Verfügung erlassen, die an allen Dienststellen angeschlagen wurde:

„Wir haben einer Anzahl von Güterbodenarbeitern das Dienstverhältnis aufkündigen müssen, weil sich ihre Zugehörigkeit zu dem Deutschen Transportarbeiterverbande und dessen Reichssektion der Eisenbahner ergeben hat. Der Transportarbeiterverband verfolgt, wie bereits in unserer Bekanntmachung vom 6. Februar 1907 ausgesprochen ist, ordnungsfeindliche Bestrebungen und hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern zu stören. Nach § 2 Abs. 3 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der preussisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung ist die Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen verboten. Wir vertrauen der Einsicht unserer sämtlichen im Arbeitsverhältnis stehenden Bediensteten, daß sie sich von dem Transportarbeiterverband und ähnlichen ordnungsfeindlichen Organisationen fernhalten, damit wir nicht zu weiteren Entlassungen gezwungen werden.“

Derartige Verfügungen sind nicht neu, sie werden aber durch ihre Neuauflage nicht besser. Die Eisenbahndirektion hat schon vor zwei Jahren die unwahre Behauptung aufgestellt, daß sich der Transportarbeiterverband ordnungsfeindliche Bestrebungen zum Ziel gesetzt habe. Diese Behauptung wird jetzt wiederholt, sie ist aber trotzdem unwahr. Der Transportarbeiterverband erstrebt, wie die Gewerkschaften überhaupt, die Erzielung besserer Arbeitsbedingungen für die Berufsgenossen. Dieses Streben ist durch den § 152 der Gewerbeordnung, der auch im Bereich der preussisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung Gesetzeskraft hat, ausdrücklich für berechtigt erklärt. Der § 152 lautet in seinem ersten Absatz:

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“

Die königliche Eisenbahndirektion Berlin nimmt sich also die Freiheit, ein Reichsgesetz für die bei ihr beschäftigten Arbeiter außer Kraft zu setzen. Formell mag sie dazu berechtigt sein, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes zu verbieten, aber auf die Dauer wird sie damit doch keinen Erfolg haben. Schon mancher Scharfmacher hat sich notgedrungen mit der Existenz der Gewerkschaften abgefunden und den Fortschritt der Arbeiterorganisationen vermag nicht einmal eine königlich-preussische Eisenbahndirektion aufzuhalten. Die Verfügung ist lediglich ein neuer Beweis dafür, mit welcher bornierten Haß die Staatsbehörden die organisierten Arbeiter verfolgen.

Eingefandt.

Eingefandt.

An die Sektionsleiter und Vertrauensleute der Drechsler Deutschlands.

Durch Uebertragung des Hilfsarbeiterpostens im Verbandsbureau an Kollegen R. Kising siedelt derselbe nach Berlin über.

Alle Sendungen und Anfragen, die die Zentralkommission der Drechsler betreffen, sind bis auf weiteres an

Oskar Weissmann,
Leipzig-Schleusig, Könnertstr. 91 II,
zu richten.

Gleichzeitig ersucht die Zentralkommission hierdurch nochmals die säumigen Zahlstellen, den Situationsbericht, sofern er noch nicht in unseren Händen ist, umgehend einzusenden.

Die Zentralkommission der Drechsler Deutschlands.

J. M.: Oskar Weissmann.

Die Lehrlingsfrage in der Modellbranche!

Schon des öfteren hat sich die Zentralkommission mit dieser sehr wichtigen Frage beschäftigt. Doch der Mangel an genügendem Material über die Lage selbst, insbesondere aber die mangelhafte Einsendung der Berichte von Seiten der Sektionen, hat bisher eine wesentliche Erhellung in dieser Sache mitbewirkt. Nachdem uns nun endlich Material in ausgiebiger Weise zur Verfügung steht, halten wir die jetzige Zeit für geeignet, die Kollegen, deren Söhne Öftern die Schule verlassen, auf die Lehrlingsverhältnisse unserer Branche hinzuweisen. Jetzt ist es noch Zeit, einen anderen, vielleicht nicht so überfüllten Beruf zu wählen. Von dem Vorschlag einiger Sektionen, diese Frage in einem Flugblatt zu behandeln, haben wir Abstand genommen, weil sich durch unsere Zeitung ein größerer Personenkreis erschaffen läßt.

Nun zur Sache selbst. Wie sieht es nun mit der Ausbildung der Lehrlinge in den Betrieben sowie Modellfabriken aus? Aus eigener Erfahrung werden die Kollegen wissen, daß es in der Regel die erste Arbeit des neuen Lehrlings ist, Wege zu laufen, so daß oft Wochen, ja Monate vergehen, ehe er an eine Sobelbank gestellt wird. Ist dies geschehen, dann heißt es, tüchtig Holz verleimen für die Gesellen, dazu sind tagtäglich alle möglichen Handlangerdienste für diese zu verrichten. Aber für die Ausbildung selbst ist keiner für den Lehrling da. In den Fabrikbetrieben hat der Meister weder Zeit, noch Interesse für den Lehrling, es bleibt ihm oft gleich, ob dieser etwas Ordentliches lernt oder nicht. So kommt es vor, daß in den 4 Jahren der Lehrzeit ein Meister sich nur wenig oder fast gar nicht um seine Lehrlinge kümmert. Nun wird sich aber mancher fragen, wozu sind denn aber die Gesellen da? Diese für die Ausbildung der Lehrlinge verantwortlich zu machen, wäre ungerecht. Denn bei den miserablen Affordlöhnen ist es einem tüchtigen Gesellen nur bei intensi-

